

Mit Boykotteur_innen umgehen. Ein Leitfaden zum Umgang mit der israelfeindlichen BDS_Kampagne¹

Während sich die BDS-Kampagne im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten schon seit Jahren fest etabliert hat und beträchtliche Erfolge verbuchen konnte, ist sie in Deutschland erst seit 2017 in den Fokus einer breiteren Öffentlichkeit gerückt. Anlässe für die öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland waren Konflikte um Auftritte internationaler Künstler_innen, die BDS unterstützen: Auf die Absagen mehrerer mit BDS verbundener Künstler_innen beim Berliner Pop-Kultur Festival 2017 folgten Diskussionen um Kate Tempests abgesagten Auftritt in der Berliner Volksbühne und eine von den öffentlich-rechtlichen Sendern dann doch nicht unterstützte Deutschland-Tour von Roger Waters. Aktuell geht es um die nächste Auflage der Pop-Kultur Berlin sowie um die Ein-, Aus- und Wiedereinladung der BDS-nahen Band Young Fathers bei der Ruhrtriennale. Weil nicht damit zu rechnen ist, dass das Thema in absehbarer Zeit verschwindet, fasse ich in einer dreiteiligen Serie die Punkte zur BDS-Kampagne zusammen, die ich für die wichtigsten halte. Im ersten Teil geht es um die Frage, was BDS eigentlich ist: eine israelfeindliche Mitmachkampagne. Im zweiten Teil diskutiere ich, ob und inwiefern diese Kampagne als antisemitisch eingestuft werden sollte. Im abschließenden dritten Teil widme ich mich der Frage nach einem angemessenen Umgang mit BDS.

1 Mitmachen gegen Israel

1.1 Die israelische Gesellschaft boykottieren, um die Politik der Regierung zu ändern: Die Idee von BDS

BDS steht für Boycott, Divestment and Sanctions – gegen Israel. Die offizielle Idee hinter dieser sich als Bewegung verstehenden Kampagne, die seit 2001 Gestalt annimmt und 2005 offiziell ins Leben gerufen wurde, ist die Folgende: Einem verbreiteten Zerrbild folgend stellt BDS den Nahostkonflikt als ein einziges organisiertes Verbrechen dar, das Israel seit 70 Jahren einseitig an der palästinensischen Bevölkerung begehe, deren Menschenrechte es systematisch verletze. Gewalt und Verbrechen von palästinensischer Seite werden wenn überhaupt zumeist nur als legitime Gegenwehr thematisiert.

Um diesen vermeintlichen Zustand zu beenden, möchte man durch organisierten Boykott Druck auf Israel aufbauen. Der Boykott richtet sich dabei nicht nur gegen die derzeitige israelische Regierung und auch nicht nur gegen den israelischen Staat und seine Institutionen, sondern immer wieder auch gegen die israelische Gesellschaft als ganze (zumindest gegen den jüdischen, weniger gegen den arabischen Teil): gegen Unternehmen, Universitäten, Institute, Kulturprojekte und die daran beteiligten Einzelpersonen und somit letztlich auch gegen israelische Bürger_innen.

Die so erreichte internationale Isolation soll die betroffenen (jüdisch-)israelischen Bürger_innen und Institutionen dazu bewegen, Druck auf ihre Regierung

aufzubauen, und über diesen Umweg eine Änderung der israelischen Politik sowie einen effektiven Schutz der Menschenrechte von Palästinenser_innen im Kernland Israel, in Westjordanland und Gazastreifen sowie in der Diaspora bewirken.

Die historische Referenz, die für diese Boykottaktion von den Befürworter_innen am häufigsten genannt wird, sind vergleichbare Kampagnen gegen Südafrika zur Zeit der Apartheid.

1.2 Keine feste Organisation, sondern ein loses Netzwerk: Die Struktur von BDS

BDS agiert nicht als zentral geführte hierarchische Organisation, sondern als ein relativ lose koordiniertes Netzwerk aus verschiedenen nationalen, regionalen und lokalen Komitees und Gruppen, die sich BDS anschließen können, ohne dafür einen Antrag stellen zu müssen. Entsprechend gibt es keine formale Mitgliedschaft. Vielmehr reicht es aus, wenn die Gruppen mitmachen, indem sie sich zu den radikal, aber doch vage formulierten Zielen von BDS (s.u.) bekennen und entsprechend handeln.

Das Agieren dieser Gruppen besteht wesentlich darin, dass sie ihre verzerrte Interpretation des Konflikts verbreiten und versuchen, verschiedene Akteur_innen zur Beteiligung am Boykott gegen Israel zu bewegen. Dies geschieht, indem ganze akademische Fachverbände und Universitäten insbesondere in den USA und dem Vereinigten Königreich zum Boykott israelischer Universitäten und Akademiker_innen bewegt werden; es geschieht (auch in Deutschland), indem der Verkauf israelischer Waren im Einzelhandel skandalisiert wird; es geschieht (in Großbritannien), indem Gewerkschaften

¹ Version 1.2, 20. August 2018: kleinere Korrekturen, Ergänzung der Fußnote 2, Überarbeitung von Punkt 3.10 sowie Hinzufügung des zweiten Absatzes in Punkt 3.5.

und zeitweise ganze Kommunen auf den Boykott-Kurs eingeschworen wurden; und es geschieht, indem Künstler_innen, die Auftritte in Israel planen, öffentlich unter Druck gesetzt werden, diese abzusagen.

Bei aller Heterogenität und Internationalität sind für die Außendarstellung und die inhaltliche Ausrichtung doch zwei eng verbundene Gruppierungen mit Sitz in Ramallah besonders wichtig, nämlich die Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel (PACBI) und das Palestinian BDS National Committee (BNC), an dem PACBI beteiligt ist. Beide sind repräsentiert auf der Website www.bdsmovement.net, auf der BDS-Aktivist_innen antiisraelische Propaganda verbreiten und über BDS-Aktivitäten in aller Welt berichten. Die prominenteste mit beiden Organisationen verbundene Person und somit auch das sichtbarste palästinensische Gesicht der Kampagne ist der in Qatar geborene palästinensischstämmige Aktivist Omar Barghouti.

Der genaue Umfang des geforderten Boykotts variiert von Akteur_in zu Akteur_in. In einigen Fällen gilt er für die ganze israelische Gesellschaft, in anderen nur für die israelischen Unternehmen und Organisationen in den 1967 besetzten Gebieten, also im Westjordanland und auf den Golanhöhen. In einigen Fällen sind diejenigen ausgenommen, die sich selbst explizit gegen die israelische Regierung und die Politik in den besetzten Gebieten bekennen (ohne dass je klar würde, wie dieses Bekenntnis aussehen soll und wer es beurteilt), in anderen nicht. In einigen Fällen (wie bei der Pop Kultur 2017) geht es spezifisch um Institutionen des israelischen Staates, in vielen anderen Fällen auch um nicht-staatliche Akteur_innen. In einigen Fällen sind auch Jüd_innen ohne konkreten Bezug zu Israel betroffen.

1.3 Eine Unterstützung für BDS ist eine politische Entscheidung, keine bloße solidarische Reaktion auf einen Hilferuf „der palästinensischen Zivilgesellschaft“

Für das Selbstverständnis und die Selbstrechtfertigung der Kampagne ist die Behauptung wichtig, dass BDS auf einen Aufruf aus der palästinensischen Zivilgesellschaft zurückgehe. Eine solche Erzählung verleiht Legitimität, denn die Boykottaktion erscheint damit nicht als ein politischer Willkürakt internationaler Aktivist_innen gegen Israel, sondern als solidarische Reaktion auf einen Hilferuf einer unterdrückten Gruppe.

Jedoch ist diese Selbstdarstellung höchst zweifelhaft. Zwar knüpft BDS inhaltlich durchaus an die schon vor der Gründung Israels begonnene arabische Boykottpolitik sowie an die zeitweise von allen arabischen Staaten vertretene Isolationspolitik (kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit

Israel) an. In der 2001 beginnenden Gründungsgeschichte der Kampagne selbst spielen internationale (insb. britische und US-amerikanische) Aktivist_innen aber eine mindestens so große Rolle wie die palästinensischen, die 2005 schließlich den Gründungsaufruf veröffentlichten.

Wichtig ist vor allem, dass anders als teilweise behauptet keinesfalls *die palästinensische Zivilgesellschaft* als solche einen völligen Boykott Israels fordert oder stützt. Auch wenn relevante Teile der palästinensischen Bevölkerung und Gesellschaft in den Autonomiegebieten den Boykott befürworten, stehen ihnen ebenso wichtige Stimmen gegenüber, die den ökonomischen, kulturellen und akademischen Austausch mit Israel für bewahrenswert halten – auch die Führung der Autonomiebehörde um Mahmud Abbas lehnt einen generellen Boykott ab. Dies verwundert kaum, denn dieser Austausch ist für das ökonomische, kulturelle und akademische Leben in den Autonomiegebieten unabdingbar.

Die Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung von Westjordanland und Gazastreifen sind unklar: Einer Befragung der israelischen [Geocartography Knowledge Group](#) aus dem Jahr 2011 zufolge befürworten 85% der Bewohner_innen des Westjordanlands einen fortgesetzten Austausch mit Israel. Zwei palästinensische Organisationen kommen zu anderen, aber auch sehr unterschiedlichen Ergebnissen: das [PCPSR](#) maß im April 2015 eine Zustimmungsrate zur BDS-Kampagne von 85%; das [JMCC](#) kam dagegen im März desselben Jahres auf eine Zustimmungsrate zum Totalboykott von nur 59,2%, die fünf Monate später auf 49,1% zurückgegangen war.

Unabhängig davon, welche Zahlen richtig sind, ist klar: Wer in westlichen Ländern BDS unterstützt, folgt nicht einfach einem Hilferuf „der palästinensischen Zivilgesellschaft“, sondern positioniert sich in einer innerpalästinensisch umstrittenen Frage auf Seiten der radikaler antiisraelischen Kräfte.

1.4 Nicht „kritisch“, sondern feindlich: Die Ziele von BDS

Weil BDS keine hierarchische Organisation ist, sind die inhaltlichen Positionen der verschiedenen Akteur_innen auch von einer gewissen Heterogenität und Unverbindlichkeit geprägt. Nichtsdestotrotz bekennt sich, wer sich zu BDS bekennt, direkt oder indirekt auch zu den drei zumindest der Form nach an Israel gerichteten Kernforderungen, die im [BDS-Gründungsaufruf](#) aus dem Jahr 2005 formuliert werden. Anhand dieser Forderungen lassen sich sowohl der nicht „israelkritische“, sondern israelfeindliche Gehalt von BDS als auch die Strategie, diesen Gehalt durch Vagheit und Verneblung zu kaschieren, ablesen:

1. *Ending its occupation and colonization of all Arab lands and dismantling the Wall;*
2. *Recognizing the fundamental rights of the Arab-Palestinian citizens of Israel to full equality; and*
3. *Respecting, protecting and promoting the rights of Palestinian refugees to return to their homes and properties as stipulated in UN resolution 194.*

Ad 1: Ending its occupation and colonization of all Arab lands and dismantling the Wall

Die erste Forderung ist an Vagheit kaum zu überbieten. Das Ende der „Besatzung und Kolonisierung allen arabischen Landes“ kann alles Mögliche bedeuten, denn weder „Besatzung und Kolonisierung“ noch „arabisches Land“ werden klar definiert. Somit könnte diese Forderung erstens lediglich heißen, dass kein weiterer Siedlungsausbau im Westjordanland stattfinden soll; sie könnte zweitens heißen, dass, wie es in den Friedensverhandlungen der letzten Jahrzehnte üblich ist, die Grenzen von vor 1967 Basis eines Friedens zwischen zwei Staaten sein sollen; sie könnte drittens heißen, dass die (nicht verteidigbaren) Grenzen des UN-Teilungsplans von 1947 hergestellt werden sollen; sie könnte viertens heißen, dass jegliche auf den im späten 19. Jahrhundert einsetzenden Zionismus zurückgehende jüdische Präsenz im Nahen Osten ein Ende finden soll. Die Forderung könnte auf eine Zweistaatenlösung, auf eine binationale Einstaatenlösung oder auf einen arabisch-palästinensischen Staat ohne jede jüdisch-israelische Identität hinauslaufen.²

Diese Vagheit erlaubt es, dass sowohl radikale als auch liberale Akteur_innen sich mit dem Aufruf identifizieren können, wenn sie denn nicht allzu kritisch nachfragen. Tendenziell zeichnen sich die palästinensischen Akteur_innen eher dadurch aus, dass sie radikalere Interpretationen befürworten: Der oben erwähnte [Omar Bargouti weist die Idee eines jüdisch-israelischen Anspruchs auf nationale Selbstbestimmung im Nahen Osten zurück](#) und lehnt entsprechend sowohl eine Zweistaatenlösung als auch einen dezidiert binationalen Staat ab. Stattdessen fordert er einen Staat ohne jüdisch-israelische Identität auf dem gesamten Gebiet (in dem die israelischen Jüd_innen aber gleichberechtigt leben dürfen sollen, auch wenn er sich an anderen Stellen sehr offen über die Idee eine jüdische Auswanderung nach Europa sprach). Linksliberale Künstler_innen aus dem Westen gehen dagegen oftmals eher davon aus, dass sie sich für eine Zweistaatenlösung in den Grenzen von 1967 oder eine friedlich-binationale Einstaatenlösung engagieren.

Genau diese Unklarheit ist ein zentrales Kennzeichen von BDS. Sie führt dazu, dass auch relativ gemäßigte Akteur_innen eine in letzter Konsequenz sehr radikale Agenda unterstützen.

Die ebenfalls im ersten Punkt gestellte Forderung nach einem Abriss der Mauer zwischen Israel und Westjordanland zeigt die völlige Einseitigkeit der BDS-Perspektive. Sicherlich wäre eine Welt ohne Grenzmauern abstrakt gedacht wünschenswert. Sicherlich kann man am konkreten Verlauf der Grenzmauer, der an mehreren Stellen jenseits der Grenzen von 1967 liegt, begründet Kritik üben. Ebenso kann man die Beschwerden und Ungerechtigkeiten skandalisieren, die die israelische Politik im Allgemeinen und die Mauer im Besonderen für die palästinensische Bevölkerung in Westjordanland und Gazastreifen bedeuten.

Allerdings sollte man doch zumindest erwähnen, dass die Mauer ab 2002 in direkter Reaktion auf die Welle von Selbstmordattentaten während der Al-Aqsa-Intifada errichtet wurde, bei der zahlreiche Attentäter aus dem Westjordanland nach Israel eindringen und dort hunderte israelischer Zivilist_innen töteten. Ebenso sollte man erwähnen, dass die Zahl der Attentate seit der Errichtung der Mauer (aus verschiedenen Gründen) tatsächlich rapide zurückging. Kurzum sollte man erwähnen, dass Israel berechnete Sicherheitsinteressen hat und der Mauerbau nur unter Berücksichtigung dieser Interessen verstanden werden kann.

Dass der Boykottaufruf den Abriss der Mauer fordert, diesen Kontext aber auslässt ist paradigmatisch für BDS: Handlungen Israels werden grundsätzlich nicht als Reaktionen auf palästinensische oder arabische Handlungen und somit als Teil einer wechselseitigen Dynamik dargestellt, sondern als einseitige, unprovokierte und systematische Gewalt israelischer Täter_innen gegen palästinensische Opfer.

Ad 2: Recognizing the fundamental rights of the Arab-Palestinian citizens of Israel to full equality

Diese Forderung scheint auf den ersten Blick völlig unkontrovers – wer wäre schon dagegen, dass eine Regierung das Grundrecht auf Gleichheit aller Bürger_innen anerkennt? Mindestens kurios wirkt die Forderung dagegen, wenn man sie mit den realen Ausmaßen des Problems in Beziehung setzt, das dabei scheinbar angegangen wird. Es geht in dieser zweiten Forderung anders als in der ersten nicht um die Bevölkerung des Westjordanlands und des Gazastreifens, sondern um die

² In einer [deutschsprachigen Erklärung des BNC an den Stadtrat München](#) heißt es, in Punkt 1 des Gründungsauftrufs seien die Grenzen von 1967 gemeint. Dies wirft freilich die Frage auf, warum man in der von erfahrenen

Aktivist_innen mit einigem Vorlauf verfassten Gründungserklärung eine so vage Formulierung wählte. Man müsste ziemlich naiv sein, um dies für einen Unfall zu halten.

arabisch-palästinensischen Bürger_innen des Kernlandes Israel.

Es steht außer Frage, dass es in Israel strukturelle Diskriminierung in Gesellschaft und staatlichen Institutionen gibt – sowohl gegen arabische als auch gegen schwarze Einwohner_innen. Solche Diskriminierung gibt es in allen modernen Gesellschaften und ein jahrzehntelanger bewaffneter Konflikt trägt fast zwangsläufig zu ihrer Verschärfung bei. Das jüngste Nationalitätengesetz ist sowohl als Ausdruck als auch als Zuspitzung dieses Problems zu verstehen.

Jedoch ist es keinesfalls so, dass der israelische Staat seinen arabisch-palästinensischen Bürger_innen die Anerkennung ihrer Grundrechte oder ihrer rechtlichen Gleichheit verweigerte – im Gegenteil wird die rechtliche Gleichheit aller Bürger_innen seit der Unabhängigkeit immer wieder betont. Blickt man auf die formalen rechtlichen Einschränkungen, die arabisch-palästinensische Bürger_innen Israels gegenüber jüdischen (und drusischen und tscherkessischen) Bürger_innen zu erleiden haben, sind diese relativ wenig ausgeprägt und bestehen wesentlich darin, dass die arabische Minderheit von der Wehrpflicht und damit von den sich aus deren Ableistung ergebenden Privilegien ausgenommen ist. Darüber hinaus führt das neue Nationalitätengesetz – wenn es in Kraft tritt – dazu, dass ihre Sprache nicht mehr Amtssprache ist und ein weitergehender Abschluss auf der symbolischen Ebene stattfindet.

Vor diesem Hintergrund wirkt die zweite BDS-Forderung schräg: Auf der symbolischen Ebene ist der Staat Israel eindeutig jüdisch und der gelebten sozialen sowie institutionellen Alltag bringt zahlreiche Diskriminierungen gegen arabische Israelis hervor. Das von BDS geforderte Grundrecht auf Gleichheit der arabischen Bürger_innen Israels ist jedoch schon längst formal anerkannt. Das Problem des israelischen Staates in Bezug auf seine arabische Bürger_innen ist weniger, dass er ihr Grundrecht auf Gleichheit nicht anerkennt, sondern dass er die realen Diskriminierungen nicht ernsthaft genug als Problem annimmt.

Es gibt gute Gründe die bestehenden Diskriminierungen in Israel zu skandalisieren. Jedoch sollten entsprechende Forderungen nicht so formuliert sein, dass sie ein falsches Bild – nämlich das einer Nichtanerkennung von Grundrechten – suggerieren. Vor allem sollten Skandalon und Skandalisierung in einem angemessenen Verhältnis stehen: Die Diskriminierung, die arabische Israelis erleiden müssen, sind gemessen an der Situation von nationalen Minderheiten in anderen Ländern relativ gering – und erst recht gemessen an der Situation schwarzer Südafrikaner_innen während der Apartheid. Tatsächlich gibt es kein arabisches Land, in dem arabische Bürger_innen so umfangreiche individuelle

Abwehr- und demokratische Mitbestimmungsrechte genießen wie in Israel. Daher können die Diskriminierungen in Israel kaum eine Rechtfertigung für eine im Umfang gegenwärtig einmalige Boykottkampagne sein – das ist kein Whataboutism, sondern eine Kohärenzprüfung.

Ad 3: Respecting, protecting and promoting the rights of Palestinian refugees to return to their homes and properties as stipulated in UN resolution 194

Auch die Forderung, dass Menschen, die zur Flucht gezwungen wurden, ein Recht auf Rückkehr haben sollten, ist abstrakt betrachtet kaum kontrovers. Die von BDS gewählte Formulierung fordert jedoch unter diesem unkontroversen Deckmantel faktisch etwas ganz anderes, nämlich das Ende Israels.

Will man die Besonderheit der „palästinensischen Flüchtlingsfrage“ einschätzen, ist zunächst ist der historische Kontext zu beachten. Ende der 1940er waren zig Millionen von Menschen in verschiedenen Teilen der Welt auf der Flucht. Der zweite Weltkrieg war gerade zu Ende und die Dekolonisierung in vollem Gange, neue Nationalstaaten wurden gegründet und die Grenzen bestehender Staaten wurden neu gezogen. Sowohl Kriege als auch Staatsgründungen und Grenzverschiebungen gehen immer wieder mit Homogenisierungen, Vertreibungen und Massenflucht einher.

Am dramatischsten war die Situation Ende der 1940er in Südasien, wo das Vereinigte Königreich entschieden hatte, seine indische Kronkolonie in das überwiegend muslimische Pakistan sowie das überwiegend hinduistische Indien aufzuteilen und in die Unabhängigkeit zu entlassen – auf beiden Seiten der neugezogenen Grenzen folgten Prozesse gewaltsamer Homogenisierung, Vertreibung und Flucht. Die Schätzungen über die Zahl der Todesopfer bewegen sich zwischen einigen Hunderttausend und zwei Millionen, die Zahl der Vertriebenen wird auf über 14 Millionen geschätzt.

Auch die Gründung Israels und mehrerer arabischer Staaten in den zuvor britisch und französisch beherrschten Ländern der MENA-Region ging mit nationaler Homogenisierung, Vertreibung und Flucht einher – insbesondere mit einer Flucht von Jüd_innen aus arabischen Staaten nach Israel sowie mit einer Flucht von arabischen Palästinenser_innen aus Israel in arabische Staaten.

Dabei waren an den jeweiligen Bewegungen durchaus beide Seiten beteiligt. Das sich gründende Israel hatte ein Interesse daran, dass Jüd_innen dorthin kamen und sich am Aufbau des Staates beteiligten, sodass arabische Vertreibungen und zionistische Anwerbung Hand in Hand gingen. Die arabische Seite wiederum hatte ein

Interesse daran, Israel als möglichst grausam erscheinen zu lassen, sodass reale israelische Gewalt übertrieben dargestellt und die vertreibungsbedingte Fluchtbewegung weiter angeheizt wurde – ebenso wie mit dem Versprechen anschließend in ein durch die arabischen Armeen befreites Palästina zurückkehren zu können.

Nichts davon ist einzigartig. Einzigartig ist aber, dass sich Flüchtlingsstatus palästinensischer Flüchtlinge auf die nachkommenden Generationen übergeht. So spielt heute bei allen Spannungen zwischen Pakistan und Indien eine aus der Trennung von 1947 folgende „Flüchtlingsfrage“ keine Rolle. Vielmehr sind die damals migrierten Bevölkerungsteile und ihre Nachkommen heute überwiegend Bürger_innen des Landes, in dem sie ankamen. Im Nahostkonflikt hat sich die Zahl der palästinensischen „Flüchtlinge“ dagegen von ursprünglich ca. 700.000 auf ca. 5 Millionen versiebenfacht. Dies geschah nicht etwas weil Israel weitere Millionen vertrieben hätte (auch wenn während des Sechstagekrieges 1967 ca. 300.000 hinzukamen), sondern weil die Nachkommen der real Geflüchteten auch noch als „palästinensische Flüchtlinge“ gelten – was in der Tat einmalig ist.

Dies hat politische Gründe und politische Konsequenzen, die sich auf das Leben der betroffenen Personen massiv auswirken. Insbesondere geht dieser Sachverhalt darauf zurück, dass die meisten arabischen Staaten, die Flüchtlinge aufgenommen haben, kaum ein Interesse an ihrer Integration als Staatsbürger_innen zeigten. Vielmehr sollten die Geflüchteten als dezidiert palästinensische Gruppe erhalten bleiben, um eine Lösung des Konfliktes, bei der Israel als jüdischer Staat fortbesteht, zu erschweren.

Die „Flüchtlingslager“, in denen etwa ein Drittel der als „palästinensische Flüchtlinge“ definierten Gruppe noch heute lebt, sind längst keine Zeltlager mehr, sondern Städte oder Stadtteile in den palästinensischen Autonomiegebieten und in benachbarten arabischen Staaten. Gleichsam sind die „Flüchtlinge“ in- und außerhalb dieser „Lager“ zu großen Teilen keine gleichberechtigten Bürger_innen, sondern eine immer wieder Diskriminierung und Gewalt ausgesetzte Minderheit.

Es steht außer Frage, dass eine „Lösung“ des Konflikts auch eine Lösung für diese Gruppe umfassen muss – so heißt es auch in Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates aus dem Jahr 1967, dass für sie eine „gerechte Regelung“ gefunden werden müsse. Die Forderung nach einer „gerechten Regelung“ scheint den Verfassern des BDS-Aufrufs aber nicht zu gereicht zu haben – obwohl es ihnen angeblich doch immer nur um die Menschenrechte geht. Jedenfalls berufen sie sich nicht auf diese völkerrechtlich verbindliche Sicherheitsratsresolution 242, sondern auf die zwei Jahrzehnte ältere, völkerrechtlich unverbindliche Resolution 194 der

Generalversammlung aus dem Jahr 1948, die (der palästinensischen Interpretation nach) ein volles Rückkehrrecht aller Flüchtlinge vorsieht – und nach BDS-Lesart sind dies eben nicht nur die wenigen Tausend von den 700.000, die noch leben, sondern alle 5 Millionen. Jedoch ist das „Recht“, in das Land „zurückzukehren“, aus dem die Urgrößeltern geflüchtet sind, kein „Menschenrecht“.

Wer diese Forderung erhebt, macht zweierlei klar: Erstens steht außer Frage, dass diese Forderung auf das Ende Israels hinausläuft. Denn obwohl kaum alle fünf Millionen nach Israel auswandern würden, wenn sie das Recht dazu hätten, wäre schon eine Million für ein kleines Land wie Israel (Bevölkerung 8,4 Millionen) kaum zu handhaben. Zweitens ist damit klar, dass man eine unerfüllbare Forderung stellt und ergo gar nicht wirklich will, dass Israel die Forderungen überhaupt jemals erfüllt, die man öffentlich an es richtet.

Und genau das kennzeichnet das Handeln von BDS: Die Kampagne konfrontiert Israel mit Forderungen, die auf den ersten Blick moralisch plausibel scheinen, im Endeffekt aber unerfüllbar sind, um so seine Legitimität als Staat zu untergraben.

1.5 Ist der Totalboykott einer ganzen Gesellschaft ein gewaltfreier Weg zum Frieden? Die Mittel von BDS

BDS sieht sich in der Tradition gewaltfreier Protestbewegungen und betont das „Recht“ auf Boykott als gewaltfreies Mittel gegen Unterdrückung. Jedoch ist die Kategorisierung des international organisierten umfassenden Boykotts einer ganzen Gesellschaft als „gewaltfrei“ sehr zweifelhaft. Jede Gesellschaft ist ökonomisch, politisch und kulturell auf internationalen Austausch angewiesen – der Versuch, einem Land diesen Austausch zu entziehen, bedroht dementsprechend das soziale Leben dort. Das mag als Mittel im Krieg legitim sein, aber es ist nicht gewaltfrei.

Der Totalboykott, für den BDS steht, ist gewissermaßen das Gegenteil von „Smart Sanctions“, mit denen versucht wird, Druck auf politische Entscheidungsträger_innen auszuüben, ohne negative Konsequenzen für die breite Bevölkerung zu produzieren: Die negativen Konsequenzen für die Bevölkerung sind für BDS der bewusst gewählte Hebel, um Druck auf politische Entscheidungsträger_innen auszuüben.

Ebenso zweifelhaft ist die Vorstellung, dass kulturelle und ökonomische Isolation zu Frieden führen könnten. Es ist beileibe nicht garantiert, dass Handel und kultureller Austausch zu friedlicher Koexistenz führen. Die einseitige Isolation einer ganzen Gesellschaft wird aber

mit Sicherheit nicht dazu führen, dass mehr wechselseitiges Verständnis oder Frieden entstehen.

2 Wann ist „Israelkritik“ antisemitisch?

Nachdem nun dargelegt ist, dass sich BDS nicht bloß „kritisch“, sondern feindlich zu Israel verhält, komme ich zur unvermeidlichen Frage, ob und in welchem Sinne die Kampagne und ihre Unterstützer_innen auch als antisemitisch zu bezeichnen sind – auch wenn ich diese Frage nicht für die wichtigste halte.³ Dabei verrete ich die These, dass die BDS-Kampagne als ganze antisemitisch ist, ihre Unterstützer_innen aber nicht pauschal als Antisemit_innen gelten können.

2.1 Für die, die es eilig haben: Zwei Schnelltests

Wie ich im Folgenden darlege, ist Antisemitismuskritik keine triviale Angelegenheit. Dennoch gibt es dankenswerterweise immer wieder Versuche, einfach handhabbare Arbeitsdefinitionen und Kriterien zu entwickeln, anhand derer sich ohne aufwändige Argumentation darlegen lässt, ob Antisemitismus vorliegt – in diesem Falle, ob eine bestimmte Form der „Israelkritik“⁴ als antisemitisch einzustufen ist.

Der wohl bekanntestes Schnelltest auf diesem Gebiet ist der von Nathan Sharansky entwickelte und von mehreren Institutionen verwendete 3-D-Test. Diesem zufolge ist Kritik an Israel und seiner Politik dann als

³ Wenn der Vorwurf des Antisemitismus erhoben wird, führt dies insbesondere in Deutschland regelmäßig dazu, dass die als antisemitisch ausgewiesenen Haltungen und Handlungen in den Hintergrund rücken und stattdessen der Antisemitismusvorwurf selbst zum Skandal wird und ins Zentrum der Diskussion rückt: Darf man das wirklich antisemitisch nennen oder muss man das nicht noch sagen können dürfen, ohne sich diesen schlimmen Vorwurf gefallen lassen zu müssen? Und ist die Bezeichnung „antisemitisch“ nicht eine ungerechte Ehrverletzung derjenigen, denen da Antisemitismus vorgeworfen wird? Ähnliche Muster gibt es auch in Bezug auf Rassismus und Sexismus, aber beim Antisemitismus spitzt sich die Dynamik meist schneller zu. Paradigmatisch sind die Fälle von Jürgen Elsässer und Xavier Naidoo, die sich gerichtlich bescheinigen ließen, dass man sie unter Strafantrohung nicht als (glühende) Antisemiten bezeichnen darf. Diese diskursiven Muster sind leicht zu erklären: Der Begriff des Antisemitismus ist, besonders im Land der Täter_innen, in einem solchen Maße moralisch aufgeladen, dass gesellschaftsfähige Personen sich niemals nicht damit in Verbindung gebracht sehen wollen. Diese moralische Überladung macht rationale Diskussionen über Antisemitismus fast unmöglich.

Nicht nur aus diesem Grund halte ich die Frage, ob die BDS-Kampagne und ihre Unterstützer_innen als antisemitisch zu bezeichnen sind, bestenfalls für die zweitwichtigste. Die viel wichtigere Frage ist, ob die politische Praxis von BDS das

antisemitisch einzustufen, wenn eine *Delegitimierung* jüdischer nationaler Selbstbestimmung, eine *Dämonisierung* Israels oder eine Anwendung von *Doppelstandards* vorliegt – wohlgemerkt reicht es bei dem Test, eines der drei Kriterien zu erfüllen, um als antisemitisch zu gelten. BDS erfüllt alle drei.

Dass BDS auf die *Delegitimierung* Israels als jüdischer Staat zielt, habe ich im [ersten Teil dieser Serie](#) dargelegt: Auch wenn die offiziellen Forderungen vage gehalten sind, könnte Israel sie nur um den Preis der Selbstaufgabe umsetzen. BDS-Mitbegründer Omar Barghouti lehnt die Existenz eines jüdischen Staates im Nahen Osten ganz explizit ab – auch in Form eines binational jüdisch-palästinensischen Staates. Der Vergleich Israels mit Apartheids-Regime, der für BDS konstitutiv ist, zielt ebenfalls auf eine Delegitimierung – ein Apartheidsregime kann nie legitim sein. Dieser Vergleich zielt dabei regelmäßig nicht nur auf eine bestimmte Regierungspolitik, sondern auf die Existenz Israels als jüdischer Staat.

Mit diesem Vergleich ist ebenfalls schon die Grenze zur *Dämonisierung* überschritten. Noch deutlicher gilt dies für die Gleichsetzung der israelischen Politik mit der des Nationalsozialismus, die bei BDS üblich ist – in der Rede von Gaza als „[concentration camp](#)“, von „[ghettos](#)“ und „[genocide](#)“.

Dass Israel von BDS an Doppelstandards gemessen wird, ist völlig offenkundig: Kein anderes Land der Welt ist einer vergleichbaren Kampagne ausgesetzt, die

legitime und angemessene Engagement für Frieden und Menschenrechte ist, als das es daher kommt – und diese Frage habe ich im ersten Teil dieser Serie mit nein beantwortet: BDS ist klar eine einseitig israelfeindliche Kampagne, deren Forderungen und Praxis keine Perspektive auf Frieden bieten. Jedoch ist die Frage nach Antisemitismus auch nicht hinfällig und dies aus zwei Gründen: Erstens bleibt Antisemitismus ein virulentes Problem moderner Gesellschaften, das nicht verschwiegen werden sollte, nur weil seine Thematisierung zu irrationalen Abwehrreaktionen führt. Zweitens lässt sich die Frage ohnehin nicht vermeiden: Sobald die Angemessenheit irgendwelcher „israelkritischer“ Äußerungen in Frage gestellt wird, steht das Thema Antisemitismus ohnehin als Elefant im Raum und wird von der einen oder anderen Seite auch aufgerufen – nicht selten wehren kritisierte „Israelkritiker_innen“ vehement den Vorwurf ab, Antisemit_innen zu sein, auch wenn ihn gerade niemand erhoben hat.

⁴ Ich verwende das Wort „Israelkritik“ (ebenso wie das Wort „Islamkritik“) nur in distanzierenden Anführungszeichen, weil ich nicht einsehe, dass Kritik an der israelischen Politik so besonders ein sollte, dass sie eines eigenen Wortes bedürfte – zumindest nicht, solange es nicht auch Albanienkritik und Nicaraguakritik gibt. Jedoch wird das Wort von denjenigen, die Israel (häufig obsessiv) kritisieren immer wieder als Bezeichnung ihres Tuns verwendet – diese Selbstbezeichnung nehme ich hier auf.

auf eine ökonomische, politische und kulturelle Isolierung einer ganzen Bevölkerung zielt. Jedoch kann Israel kaum als der schlimmste Menschenrechtsverletzer der Welt gelten, so dass dieser einmalige Umgang letztlich nur dadurch zu erklären ist, dass Israel als jüdischer Staat an anderen Maßstäben gemessen wird als andere Staaten (auf potenzielle Gegenargumente gehe ich in den letzten Abschnitten dieses Textes ein).

Somit erfüllt BDS alle drei Kriterien des 3-D-Tests.

Die [Arbeitsdefinition von Antisemitismus](#) der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die jüngst medial präsent war, weil die British Labour Party sie nicht in allen Punkten übernahm, bietet ebenfalls schnell handhabbare Kriterien, anhand derer Antisemitismus erkannt werden kann. Insgesamt umfasst die Definition elf Kriterien, fünf davon beziehen sich auf „Israelkritik“. Diese gilt als antisemitisch, wenn einer der folgenden Sachverhalte vorliegt:

- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel.

Dass der erste (Ablehnung jüdischer Selbstbestimmung), zweite (Doppelstandards) und vierte Punkt (NS-Vergleich) den BDS-Aktivismus prägen, habe ich im ersten Teil und oben dargelegt. Die Verwendung von traditionell antisemitischen Bildern und Symbolen findet sich im Kontext von BDS-Aktivismus zwar durchaus (s.u.), sie ist aber nicht im selben Maße prägend für das offizielle Agieren der Kampagne – schon gar nicht in solch eindeutigen Formen wie Ritual- und Christismordlegenden. Ähnliches gilt für das „kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel“.

Auch wenn diese Schnelltests darauf verweisen, dass die BDS-Kampagne als ganze antisemitisch ist, heißt dies nicht, dass auch alle Beteiligten von antisemitischen Motiven getrieben oder gar selbst als

Antisemit_innen zu bezeichnen sind. Die individuellen Motivationen sind vielfältig und teils völlig wohlmeinend und können nicht auf Antisemitismus reduziert werden – jedoch kann man von den Einzelnen durchaus verlangen, den Antisemitismus der Kampagne zu erkennen und entsprechend auf eine Unterstützung zu verzichten.

2.2 Für die, die Zeit haben: Jenseits der Schnelltests

Schnelltests wie der 3-D-Test und die IHRA-Definition haben den Vorteil, dass sie leicht handhabbare Kriterienkataloge bieten. Allerdings haben sie auch zwei große Nachteile: Erstens können sie nur diejenigen überzeugen, die von den Kriterien selbst überzeugt sind – und diese sind nicht selbstverständlich.

Zweitens sind sie wie alle Schnelltests relativ grob und wenig kontextsensibel. So werden Anarchist_innen definitionsgemäß jeden Staat delegitimieren und vielfach auch dämonisieren; wenn sie das dann *auch* in Bezug auf Israel tun, kann man ihnen womöglich mangelnde Berücksichtigung von Antisemitismus und der besonderen Gründungsgeschichte Israels vorwerfen. Der Vorwurf, dass ihre Ablehnung von Staatlichkeit damit selbst antisemitisch wäre, überzeugt aber zumindest nicht unmittelbar. Ähnlich könnten Bürger_innen eines demokratischen Staates gute, nicht antisemitische Gründe haben, den eigenen Staat oder verbündete Demokratien an höheren Standards zu messen als eine Diktatur in 1000 Kilometern Entfernung, so dass auch nicht jede Anwendung von Doppelstandards direkt als antisemitisch gelten kann.

Um diese Schwächen der Schnelltests zu vermeiden, möchte ich im Folgenden noch einmal darlegen, dass sich die Kriterien dieser Schnelltests und das Ergebnis in Bezug auf BDS auch ausführlich begründen lassen. Dafür erläutere ich zunächst, was ich unter Antisemitismus verstehe, lege dann dar, mit welchen Argumentationsweisen man bestimmte Formen der „Israelkritik“ als antisemitisch ausweisen kann und skizziere dies am Ende am Beispiel von BDS.

2.3 Antisemitismus als historisches Phänomen

Antisemitismus ist kein zeitlos-konstantes Phänomen, sondern eine Ideologie, die historischen Dynamiken unterworfen ist und sich sozialen Begebenheiten anpasst, die ebenfalls im Wandel begriffen sind. Der Begriff des Antisemitismus wurde (zunächst als Selbst- dann als Fremdbezeichnung) geprägt, um eine ideologische Formation zu erfassen, die in ihrer klassischen Form in den letzten Jahrzehnten des 19. Sowie in der ersten Hälfte

des 20. Jahrhunderts in der westlichen Welt sehr präsent war.

Diese klassische Form von Antisemitismus hat mehrere Eigenschaften:

- Auf der offensichtlichsten Ebene ist Antisemitismus in seiner klassischen Form *ein Vorurteil gegen Jüd_innen*, denen bestimmte Eigenschaften als wesentlich zugeschrieben werden (Bösartigkeit, Raffgier, Verschlagenheit, Hinterlist, eine Tendenz zur Verschwörung, Wurzellosigkeit etc.).
- Darüber hinaus ist der klassische Antisemitismus aber zugleich auch ein *Weltbild und sogar eine Welterklärung*. Der Antisemitismus weist Jüd_innen nicht nur bestimmte schlechte Eigenschaften zu; ihr mit diesen Eigenschaften verbundene Agieren ist zugleich auch die Erklärung für alles, was auf der Welt schlecht ist. Dieses Weltbild ist dadurch geprägt, dass die schwer fassbaren, hochgradig vermittelten Prozesse von Herrschaft in modernen Gesellschaften personifiziert werden: Anstelle abstrakter Mechanismen beherrscht dann eine Verschwörung bössartiger jüdischer Individuen die Welt. Dieses Weltbild ist durch mehrere Gegensatzpaare geprägt: Das Natürliche, Gewachsenen, Konkrete, Echte, Ehrliche, Schaffende usw. wird der nichtjüdischen Eigengruppe zugeschrieben, das Künstliche, Gemachte, Abstrakte, Unehnte, Unehrlliche, Raffende usw. dagegen der jüdischen Gegengruppe.
- Zusammengenommen führt beides zu der Vorstellung, dass der Kampf gegen Jüd_innen und der Kampf gegen das Böse in eins fallen und ein Sieg über die Jüd_innen die Befreiung der Welt vom Bösen bedeutet. Im Extremfall nimmt dies die Form des *eliminatorischen Antisemitismus* an, in dem die Ermordung aller Jüd_innen die Erlösung der Welt vom Bösen bedeutet.
- Eine historische Besonderheit in dieser Hochphase des Antisemitismus war die Verbindung mit einer *biologistischen Rassenideologie*: Jüdischsein wird dann nicht als religiöse, kulturelle oder nationale Identifikation verstanden, sondern als biologische "Rasse". Damit galten die vermeintlich jüdischen Charaktereigenschaften als genetisch bedingt und völlig unwandelbar – jedoch heißt dies im Umkehrschluss nicht, dass nichtbiologistischer Antisemitismus Jüd_innen unbedingt reale Auswege ließe.

Will man verstehen, warum es zu dieser ideologischen Formation kam, muss man einerseits auf die sozioökonomische Struktur, andererseits auf kulturelle Prozesse eingehen.

Die sozioökonomische Struktur erklärt insbesondere, warum es diese Art des Weltbildes überhaupt gibt: Die sozialen Verhältnisse in Gesellschaften mit

kapitalistischer Ökonomie, nationaler Staatlichkeit und moderner Verwaltung sind unüberschaubar, in hohem Maße vermittelt und zudem notorisch krisenhaft. Dies macht Ideologien, in denen alle Probleme der Welt durch die Machenschaften einer klar definierten verschwörerischen Gruppe erklärt werden, attraktiv. Dies gilt insbesondere, wenn dieser Gruppe noch all die Eigenschaften zugeschrieben werden, die das Ungreifbare der Moderne ausmachen.

Solche strukturellen Überlegungen verdeutlichen zwar, dass moderne Gesellschaften mit einiger Notwendigkeit antisemitische Weltbilder und Projektionen hervorbringen, sie erklären aber nicht, warum es die Jüd_innen sind, an denen diese Weltbilder ausagiert werden. Das antisemitische Subjekt braucht Objekte für seine Projektionen – Sartre sagt, wenn es keine Jüd_innen gäbe, hätten die Antisemit_innen sie erfinden müssen –, allerdings ist es historisch kontingent, dass Jüd_innen zu diesem Objekt wurden.

Dass es so kam, ist nur durch historisch-kulturelle Umstände in der europäischen Geschichte zu erklären. Diese bestehen auf der einen Seite darin, dass sich im christlichen Mittelalter bereits ein Judenbild etabliert hatte, das in zentralen Punkten mit dem antisemitischen Weltbild übereinstimmte – so waren Erzählungen über jüdische Verschwörungen, Wucher, Blutrübale etc. in Europa geläufig. Aus diesem vormodernen kulturellen Reservoir konnte der moderne Antisemitismus schöpfen. Auf der anderen Seite war die soziale Position von Jüd_innen aus Gründen, die mehr mit der sozialen Umwelt als mit dem Judentum zu tun hatten, so gestaltet, dass sie sich als Objekte für antisemitische Projektion eigneten – sie waren als Minderheit über weite Teile der Welt verstreut und aufgrund ihres Ausschlusses aus dem Zunftwesen sowie aufgrund des christlichen Zinsverbots in Handwerksberufen stark unter-, in Handel und Geldwirtschaft dagegen überrepräsentiert.

Insofern ist die Verbindung von antisemitischem Weltbild und antijüdischem Vorurteil historisch zufällig, sie ist aber keinesfalls beliebig oder flüchtig. Im Gegenteil hat sie sich nachhaltig etabliert und in der ganzen Welt verbreitet, sodass sie sogar in Gesellschaften Afrikas oder Asiens zu finden ist, in denen es keine relevante jüdische Minderheit gibt. Das antisemitische Weltbild findet mit großer Regelmäßigkeit und Zielgenauigkeit zu seinem jüdischen Objekt zurück.

2.4 Antisemitismus als dynamisches Phänomen

Antisemitismus in dieser klassischen und offenen Form existiert weiter, ist heute in westlichen Ländern aber weitgehend aus dem offiziellen Diskurs ausgeschlossen, sodass er eher an Rändern und in Nischen zu finden ist. Kaum jemand würde in Deutschland öffentlich eine

Vernichtung der „jüdischen Rasse“ fordern und als Erlösung darstellen – wenn doch, wäre das nicht nur der automatische Ausschluss aus der guten Gesellschaft, sondern auch strafrechtlich relevant.

Jedoch besteht weiterhin eine moderne Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie und nationaler Staatlichkeit – und somit bestehen auch weiter die kaum durchschaubaren Herrschaftsverhältnisse, die sich die Subjekte so bequem mit dem antisemitischen Weltbild erklären können. Entsprechend besteht auch die ideologische Formation des Antisemitismus fort – aber in transformierter Form.

Transformiert ist sie zum einen, weil die durch das antisemitische Weltbild zu erklärenden gesellschaftlichen Strukturen nicht mehr dieselben wie im späten 19. oder frühen 20. Jahrhundert sind – vormoderne Restbestände wurden weiter abgebaut, die politisch-ökonomische Struktur weiter ausdifferenziert, immer neue Lebensbereiche durchdrungen usw. Diese Veränderungen führen insgesamt dazu, dass die modernen Verhältnisse einerseits selbstverständlicher, aber andererseits noch undurchschaubarer geworden sind.

Der zweite Grund für die Transformation des Antisemitismus ist die Niederlage des Nationalsozialismus, die Verurteilung seiner Verbrechen sowie die Delegitimierung seiner Ideologie und somit auch des offenen Antisemitismus. Das Denken in Rassen ist insgesamt delegitimiert, der offene Hass auf Jüd_innen ebenfalls; gleichzeitig ist die Realität des Verbrechens (nicht nur, aber insbesondere im Land der Täter_innen) mit einem Komplex von Schuld und Abwehr verbunden.

Dies führt dazu, dass das antisemitische Weltbild nunmehr andere Formen annimmt, in denen es nicht mehr als offener Juden Hass zu erkennen ist. Diese Vermeidung von offen antisemitischen Artikulationen ist in der Regel keine bewusste Täuschung der Umwelt. Sicherlich gibt es auch Menschen, die Jüd_innen ganz bewusst hassen, es aber öffentlich so nicht zugeben möchten. Der großen Mehrheit wird man aber glauben dürfen, dass sie *wirklich* nicht antisemitisch *sein will* und sich selbst keineswegs als Judenhasser_innen versteht. Die Selbstzensur findet nicht erst als Anpassung des äußeren Verhaltens statt, sondern bereits weit vorher im eigenen Kopf.

Entsprechend tritt Antisemitismus heute in westlichen Öffentlichkeiten zumeist in chiffrierter Form auf: Manchmal wird das antisemitische Weltbild so formuliert, dass die Verschwörer_innen im Hintergrund nicht „die Juden“ sind und es stattdessen um die Mächtschaften bestimmter „Bankiersfamilien“ (gerne mit

„jüdischen Namen“), um „die Ostküste“ oder ganz Vage um „die, die eigentlich die Strippen ziehen“ geht (struktureller Antisemitismus). Manchmal geht es gar nicht darum, Hass und Mord gegen Jüd_innen zu legitimieren, sondern nur darum, dass man nicht *immer wieder* darauf hingewiesen werden will, dass der Holocaust stattgefunden hat und Antisemitismus existiert. Dieser Hinweis ist schmerzlich, für den Schmerz und seine „Ausnutzung“ werden Jüd_innen verantwortlich gemacht (sekundärer Antisemitismus). Und manchmal geht es um Israel, dem im extremen Fall nicht nur all die Börsartigkeit zugeschrieben wird, die im klassischen Antisemitismus als „jüdisch“ galt, sondern auch eine Wiederholung der Verbrechen, die im Nationalsozialismus an Jüd_innen begangen wurden (israelbezogener Antisemitismus).

2.5 Antisemitismuskritik als Dechiffrierung: Drei Argumentationsstrategien

Diese Transformationen stellen die Antisemitismuskritik vor Herausforderungen. Herausforderungen bestehen ganz offensichtlich auf der pragmatischen Ebene: Antisemitismus wird in aller Regel mit dem auf Vernichtung einer Rasse zielenden Antisemitismus des Nationalsozialismus identifiziert – und (fast) niemand versteht sich heute in diesem Sinne als Antisemit_in. Entsprechend wird der Vorwurf des Antisemitismus regelmäßig als ungerechtfertigte Beleidigung zurückgewiesen.⁵

Daher muss deutlich gesagt werden: Wenn man heute von Antisemitismus spricht, spricht man nicht nur offenem von Judenhass; wenn man einer Person oder Gruppierung Antisemitismus vorwirft, wirft man ihr nicht automatisch vor, Nazi zu sein oder alle Jüd_innen zu hassen. Man wirft ihr vor, an der ideologischen Formation des Antisemitismus teilzuhaben. (Nicht weiter ein gehe ich hier auf das ewige Missverständnis, Antisemitismus sei im Kern eine Abneigung gegen Semit_innen. Nein, ist er nicht.)

Jedoch gibt es auch theoretische und methodische Herausforderungen: Weil sich die ideologische Formation des Antisemitismus transformiert hat, stellt sich die Frage, welche Elemente der klassischen Formation vorliegen müssen, um weiter von Antisemitismus sprechen zu können. Weiterhin muss man darlegen, anhand welcher Kriterien man diese Elemente heute erkennt. Kurzum ist darzulegen, wie man den chiffrierten Antisemitismus dechiffrieren kann.

Den ideologischen Kernbestand, der vorliegen muss, um plausibel von Antisemitismus sprechen zu können, kann man einerseits darin ausmachen, dass

⁵ S. Fußnote 3.

Antisemitismus gegen Jüd_innen als Jüd_innen gerichtet ist; andererseits kann man ihn in an den Inhalten des Weltbildes festmachen, also anhand dessen, wie die Welt gedeutet und welche Zuschreibungen dabei gemacht werden. Insgesamt ergeben sich daraus drei Argumentationsstrategien:

In der *ersten Argumentationsstrategie* geht es darum zu zeigen, dass das Denken und Handeln der entsprechenden Personen in einem obsessiven, rational nicht erklärbaren Ausmaß immer und immer wieder (negativ) auf Jüd_innen, das Judentum sowie mit dem Judentum verknüpfte Themen fixiert ist. Freilich kann von einer bloßen Thematisierung oder Schwerpunktsetzung auf solche Themen noch nicht auf eine antisemitische Obsession geschlossen werden. Dafür muss ein Überschuss oder eine Verdichtung aufgezeigt werden, die rational nicht zu begründen wäre. Ein relativ offensichtliches Beispiel hierfür ist Jakob Augstein, dem es bei jedem Thema gelingt, einen Brückenschlag entweder zu Israel oder zum Holocaust zu produzieren.

In der *zweiten Argumentationsstrategie* muss man darlegen, dass sich in den Äußerungen bestimmter Akteur_innen regelmäßig Kernelemente des antisemitischen Weltbildes finden lassen: die Personalisierung abstrakter Verhältnisse, das Denken in Verschwörungen, das Ausspielen des Natürlichen, Gewachsenen, Konkreten, Ehrlichen, Schaffenden gegen das Künstliche, Gemachte, Abstrakte, Unehliche, Raffende. Dabei reicht es nicht hin, einzelne dieser Elemente auszumachen und dann reduktionistisch auf ein antisemitisches Weltbild zu schließen. Wenn ein Stück Urwald einer Fabrik weichen soll und der Genehmigungsprozess durch Vetternwirtschaft geprägt war, mag eine Kritik dieser Vorgänge, die die involvierten Personen beim Namen nennt, der übereifrigen Antisemitismuskritiker_in als Ausspielen von Natürlichem gegen Künstliches, als Verschwörungdenken und als Personalisierung erscheinen. Jedoch wäre es völlig verfehlt, davon auf Antisemitismus zu schließen. Um ernsthaft von Antisemitismus sprechen zu können, muss neben einzelnen Elementen wiederum ein überschießendes, irrationales Moment oder eine rational nicht erklärbare Verdichtung dieser Elemente zu einem Weltbild aufgezeigt werden.

In der *dritten Argumentationsstrategie* geht es um Antisemitismus weniger als einen Vorgang im Kopf antisemitischer Subjekte, sondern eher als objektive Struktur, die die Lebenschancen von Jüd_innen als Jüd_innen vermindert und ihr Leben im Extremfall gefährdet, deren Vorliegen aufzuzeigen ist. Der Zusatz Jüd_innen als Jüd_innen verweist darauf, dass Jüd_innen von dieser Struktur nicht nur überproportional, sondern in besonderer Weise getroffen sind: Wenn etwa der Klimawandel allen Menschen schadet, schadet er auch Jüd_innen

– wenn diese überproportional in küstennahen Gebieten wohnen, vielleicht sogar überproportional. Das heißt aber nicht, dass diejenigen, die den Klimawandel durch ihr Handeln oder durch seine Verleugnung vorantreiben, antisemitisch handelten, denn der Klimawandel trifft Jüd_innen sicher nicht als Jüd_innen. Diese dritte Argumentation hat den Vorteil, dass sie nicht auf die Motivation der Subjekte zielt und somit keiner Spekulation über innerpsychische Prozesse bedarf. Werden dabei dennoch Subjekte adressiert, geht es nicht um die Frage, ob diese antisemitisch denken und motiviert sind, sondern um die Frage, ob sie mit ihrem Handeln antisemitische Strukturen stützen und stärken (oder anti-antisemitische unterminieren).

Um sinnvoll von Antisemitismus sprechen zu können, muss man zumindest eine dieser drei Argumentation überzeugend entfalten, besser noch zwei oder alle drei. Gelingt es ausschließlich in der zweiten Argumentationsstrategie und liegt kein spezifischer Bezug auf Jüd_innen vor, ist nur von strukturellem Antisemitismus zu sprechen.

2.5 Noch einmal: Warum die BDS-Kampagne als antisemitisch zu bezeichnen ist

Eine der chiffrierten Artikulationsformen ist der israelbezogene Antisemitismus – und dies ist die im Kontext von BDS relevanteste. Beim israelbezogenen Antisemitismus wird das, was über Jüd_innen nicht offen gesagt werden darf, als scheinbar legitime Kritik des israelischen Staates und seiner Regierung formuliert – als „Israelkritik“ eben. Auch hier steht Antisemitismuskritik vor der Aufgabe, Überschuss, Irrationalität und Verdichtung aufzuzeigen. Denn selbstverständlich kann es legitime Kritik an jedem Staat und jeder Regierung wirklich geben – und sie ist nicht schon dadurch antisemitisch, dass der Staat jüdisch ist. Um Antisemitismus nachzuweisen, muss man auch hier die drei oben angeführten Argumentationsstrategien durchspielen.

Argumentation 1: BDS als obsessive Bezugnahme auf Israel

Mit der ersten Argumentationsstrategie müsste gezeigt werden, dass sich in einer bestimmten Form der „Israelkritik“ eine obsessive (negative) Bezugnahme auf Jüd_innen und das Jüdische ausdrückt, die rational nicht begründbar ist – diese Argumentation führt unter anderem zum Kriterium der Doppelstandards sowie zum Verantwortlichmachen aller Jüd_innen für israelische Politik.

Wie im ersten Teil dieser Serie sowie bei der einleitenden Anwendung der Schnelltests dargelegt liegt der Vorwurf von Doppelstandards im Falle von BDS sehr

nahe: Von allen Staaten dieser Welt, wird ausschließlich Israel Objekt einer Kampagne, die seine Legitimität als Staat in Zweifel zieht und zur ökonomischen, politischen und kulturellen Isolation der ganzen Gesellschaft aufruft. Der Verdacht, dass diese einmalige Behandlung auf die jüdische Identität des Staates und antisemitische Obsession zurückgeht, hat eine große Prima-Facie-Plausibilität. Eine ganze Reihe von Argumenten für die Plausibilität dieser These, [hat David Hirsh zusammengetragen](#).

Allerdings gibt es durchaus Gegenargumente, die zu würdigen sind.

Erstens ist schwierig, diesen Nachweis zu führen, wenn es um Individuen geht. Ein Individuum, das Ungerechtigkeiten kritisieren möchte, hat gar keine andere Wahl, als sich auf ein bestimmtes Themenfeld zu konzentrieren. Die einen konzentrieren sich auf das Grenzregime der EU, die anderen auf die Verbrechen der syrischen oder iranischen Regierung und wieder andere eben auf Israels Menschenrechtsverletzungen – es kann gar nicht anders sein. Keine dieser individuellen Entscheidungen

ist in Gänze rational begründbar, es bleibt immer ein deutlicher Anteil von Willkür. Ein *individueller* Fokus auf Israel ist deshalb nicht ohne Weiteres als antisemitische Obsession auszuweisen.

Geht es um größere diskursive und politische Zusammenhänge wie BDS, ist es leichter zu argumentieren, dass eine einseitige Fixierung und Verzerrung vorliegt, die anders als durch Antisemitismus kaum zu erklären ist. Eine einzelne Person kann immer Individualität als Grund für eine besondere Schwerpunktsetzung geltend machen. Wenn aber hunderttausende Menschen überall auf dieser Welt dieselbe rational nicht erklärbare Schwerpunktsetzung teilen, muss man von einer ideologischen Formation ausgehen, die die individuellen Prozesse prägt. Dann wiederum kann man von den Individuen verlangen, diesen ideologischen Kontext in ihrer eigenen Schwerpunktsetzung und Praxis zu reflektieren – wenn weltweit eine negative Fokussierung auf Israel

vorliegt, die kaum anders als durch antisemitische Obsessionen zu erklären ist, kann es keine unschuldige Fokussierung auf Israels Politik mehr geben, die sich nicht antisemitismuskritisch zu diesen Obsessionen verhält – solche kritische Reflexion sucht man im Kontext von BDS meist vergeblich.

Zudem kann es zweitens auch spezifische Gründe geben, warum sich Personen mit einem bestimmten Hintergrund schwerpunktmäßig mit bestimmten Ungerechtigkeiten beschäftigen. Eine Palästinenser_in im Westjordanland, deren Alltag von Begegnungen mit israelischen Sicherheitskräften geprägt ist, kann rationale Gründe dafür geltend machen, dass sie deren Handeln in den Fokus ihrer Kritik (und ihrer widerständigen Praxis) stellt. Andersherum können auch Jüd_innen einen solchen Fokus gut begründen: So gibt es immer gute Gründe, die Probleme des eigenen Staates zu fokussieren. Diese rationale Grundlage für einen Fokus auf Israel

können nicht nur für Israelis beanspruchen, sondern auch Jüd_innen in anderen Teilen der Welt – denn schließlich beansprucht Israel nicht nur symbolisch, nationale Heimstätte des jüdischen Volkes zu sein,

sondern gewährt ihnen auch die Möglichkeit, die israelische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Dass nichtjüdische Deutsche (mich eingeschlossen) sich mit Israel intensiver als mit anderen Ländern beschäftigen, ist vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ebenfalls wenig überraschend und begründbar – der oftmals formulierte Anspruch, „gerade wir als Deutsche“ hätten einen besonderen Erziehungsauftrag gegenüber Israel, ist dagegen kaum rational zu begründen. Amerikaner_innen können einen Fokus auf Israel damit begründen, dass ihr Staat der wichtigste Bündnispartner Israels ist und seine Politik effektiv unterstützt – während er andere Menschenrechtsverletzer wie Iran staatlich sanktioniert. Brit_innen können mit der historischen Rolle argumentieren, die das British Empire in der Gründungsgeschichte Israels spielte. Angesichts dieser besonderen Grundlagen ist es kein Zufall, dass BDS in den USA und Großbritannien besonders stark ist und in den USA

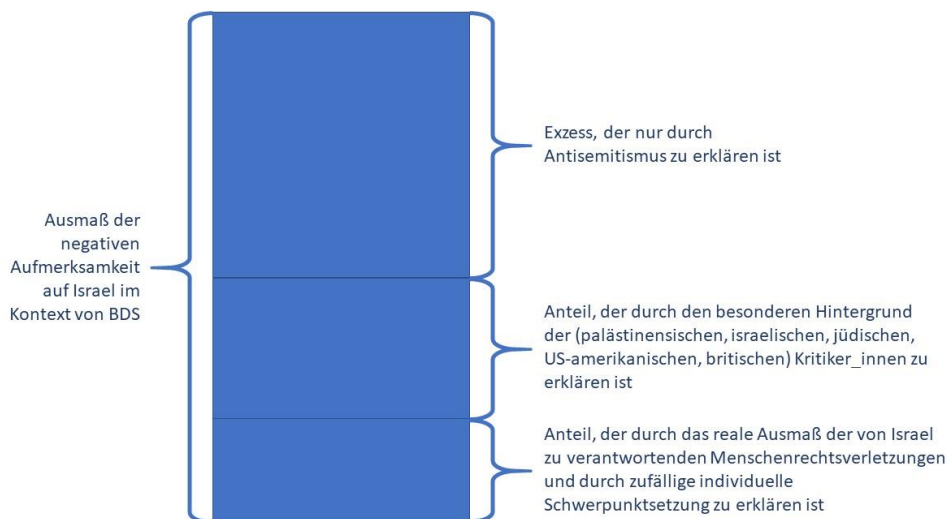


Abbildung 1: Wer unterstützt warum BDS?

von einigen prominenten linken Jüd_innen unterstützt wird.

Jedoch können diese besonderen Gründe, mit denen sich ein besonderer Fokus auf Israel rechtfertigen lässt, weder die weltweiten Erfolg von BDS noch das Ausmaß der Unterstützung in USA und UK hinreichend erklären: Wendeten US-amerikanische Intellektuelle die an Israel angelegten Maßstäbe halbwegs konsistent an, könnten sie auch an der Politik der eigenen Regierung genug zu kritisieren finden, sodass US-amerikanische Fachverbände einen guten Grund hätten, sich erst einmal selbst zu boykottieren; britische Aktivist_innen könnten die kolonialhistorische Verantwortung ihres Landes auch am Beispiel Indiens, Pakistans oder Australiens diskutieren. Saudi-Arabien ist ebenfalls ein Bündnispartner des Westens, die Türkei im Gegensatz zu Israel sogar ein NATO-Mitglied usw. usf.

Insofern kann man auch nach Berücksichtigung dieser Faktoren noch immer eine Fokussierung auf Israel feststellen, die *in ihrer Gesamtheit* irrational überschießend ist und kaum anders als durch die Existenz antijüdischer Obsessionen zu erklären ist. Wieder kann man von den Subjekten verlangen, diesen antisemitischen Kontext zu sehen, zu reflektieren und ihr eigenes Handeln entsprechend anzupassen – auch dann wenn sie für sich selbst besondere Gründe für einen entsprechenden Fokus geltend machen können.

Drittens schließlich kann ein besonderer Fokus auf Israel damit gerechtfertigt werden, dass dieser Staat in mancher Hinsicht tatsächlich einzigartig ist: Israel wurde erst 1948 gegründet. Damit fanden die mit Staatsgründungen fast immer einhergehenden gewaltsamen Prozesse von Behauptung, Abgrenzung und Homogenisierung nicht nur Jahrzehnte nach denen in den meisten europäischen Staaten statt und sind uns entsprechend zeitlich näher, sie fielen auch in eine Zeit, in der menschenrechtliche Normen sich gerade stärker etablierten und Gewalt ein größerer Skandal wurde.

Zudem war die Gründung Israels wie so viele Staatsgründungen dieser Zeit zwar durchaus selbst post- und antikolonial – man erstritt sich seine Unabhängigkeit von Großbritannien. Jedoch war die Bevölkerung, von der und für die dieser Staat gegründet wurde, mehrheitlich in den Jahren und Jahrzehnten zuvor eingewandert, zu großen Teilen aus Europa. Auch wenn diese Migration in erster Linie eine Flucht vor antisemitischer Diskriminierung und Gewalt war, unterscheidet dieser Sachverhalt Israel deutlich von den meisten anderen zu dieser Zeit gegründeten postkolonialen Staaten. Israel ist auch der einzige dieser Staaten, der bis heute eine relativ deutlich westliche Identität hat. Die Tatsache, dass viele antikoloniale Akteur_innen Israel ablehnend bis feindlich gegenüberstehen ist nicht nur durch Antisemitismus, sondern auch durch diese Besonderheit zu erklären. Der Hass auf israelische Jüd_innen im Nahen Osten entspricht in Teilen dem Hass auf Pieds-noir in Algerien.

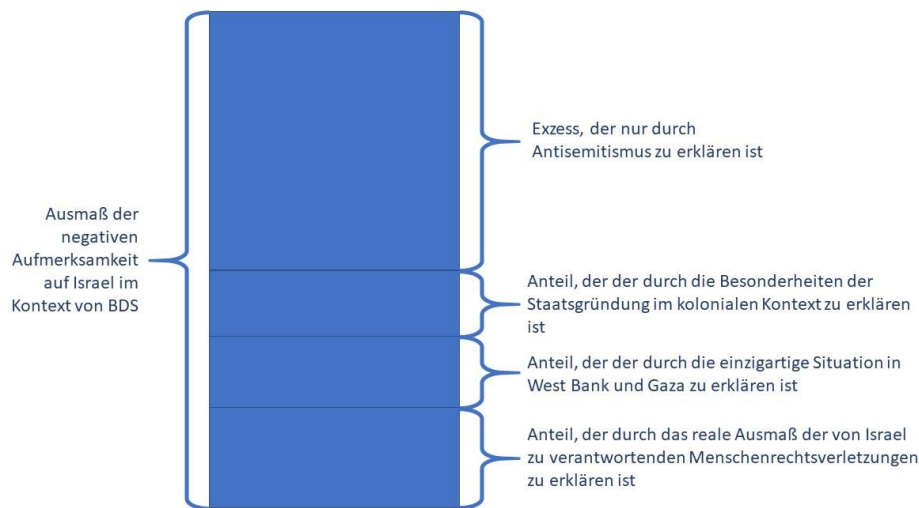


Abbildung 2: Erklärungen für den Erfolg von BDS

Schließlich sind auch der völkerrechtliche Zustand und der Lebensalltag in Westjordanland und Gazastreifen tatsächlich einigermassen einmalig. Zwar gibt es auch in anderen Teilen der Welt umstrittene Gebiete, auf die mehrere Staaten

Anspruch erheben, sowie Gebiete, in denen bestimmte Gruppen Autonomie beanspruchen. Aber die Form der Institutionalisierung gerade in der Westbank ist doch beispiellos.

Nun stellt sich die Frage: Können diese drei Weisen, auf die Israel einmalig ist, gemeinsam mit den zuvor genannten besonderen Gründen, die verschiedene Gruppen für einen Fokus auf Israel anführen können, die Einmaligkeit der BDS-Kampagne hinreichend erklären? Meines Erachtens ist das nicht der Fall. Israel mag in vieler Hinsicht einmalig sein. Aber weder die spezifische Form der Gründungsgeschichte vor 70 Jahren noch die Situation in West Bank und Gaza machen es zu einem *einmalig schlimmen Menschenrechtsverletzer*.

Die Einmaligkeit einer Kampagne, die eine ganze Gesellschaft in Haftung nimmt und isoliert, könnte aber letztlich nur durch ein einmaliges Ausmaß an

Menschenrechtsverletzungen begründet werden, das so einfach nicht vorliegt. Es ist am Ende rational kaum rechtfertigbar, einerseits Wein aus dem Golan zu boykottieren, aber andererseits Elektrogeräte zu kaufen, in denen unter hohem Blutzoll gewonnene seltene Erden verbaut sind und die von chinesischen Arbeiter_innen zusammengesetzt werden, deren Arbeitnehmer_innenrechte, individuelle Freiheitsrechte und demokratische Mitbestimmungsrechte weitaus geringer ausfallen als die palästinensischer Arbeiter_innen in israelischen Produktionsstätten in der Westbank. Auch dieser Vergleich ist kein Whataboutism, sondern eine Konsistenzprüfung.

Schließlich lässt sich das irrational-überschießende Element der Fokussierung auf Israel auch durch ständig wiederkehrende Verzerrungen in der Darstellung der Realität aufzeigen – dass BDS in diesem Sinne verzerrend argumentiert habe ich im ersten Teil der Serie erläutert.

Die Existenz und der relative Erfolg von BDS ist insgesamt nur dadurch zu erklären, dass es in verschiedenen Gesellschaften eine rational nicht begründbare negative Fixierung auf Israel gibt. Diese negative Fokussierung ist nicht allein auf Antisemitismus zurückzuführen, aber in ihrer Gänze ohne Antisemitismus auch nicht zu erklären. Auch wenn nicht allen Unterstützer_innen eine antisemitische Motivation unterstellt werden kann, ist damit BDS insgesamt doch als antisemitisch ausgewiesen.

Argumentation 2: Die Reproduktion antisemitischer Weltdeutungen in der „Israelkritik“ von BDS

In der zweiten Argumentationsstrategie geht es darum zu zeigen, dass sich in der entsprechenden Israelkritik Elemente des antisemitischen Weltbildes verdichten. Diese Argumentationsstrategie läuft auf den entsprechenden Punkt der IHRA-Definition sowie auf bestimmte Formen der Dämonisierung hinaus.

Solche Verdichtungen finden sich in den verschiedensten „israelkritischen“ Kontexten – von der Brunnenvergiftung über das Blutritual bis zur die Welt beherrschenden Verschwörung gibt es kaum ein antisemitisches Motiv, das nicht auch regelmäßig auf Israel bezogen würde. Ebenfalls regelmäßig taucht die Vorstellung auf, Israel sei das zentrale Hindernis für den Weltfrieden.

Im Kontext von BDS treten solche antisemitischen Deutungen insbesondere in der Form auf, dass Handlungen, die alle Staaten vollziehen, im Fall von Israel regelmäßig als sinistre, manipulative Ränkespiele gedeutet werden. Ein Beispiel hierfür waren die Argumente, mit denen für einen Boykott der Berliner Pop-

Kultur 2017 geworben wurde. Die Grundlage für diesen Boykottaufruf war letztlich, dass die israelische Botschaft 500 € Reisekostenzuschuss für Künstler_innen zahlte und entsprechend mit Logo auf der Unterstützer_innenliste auftauchte. Viele Staaten der Welt haben entsprechende Programme zur Förderung von Kunst und kulturellem Austausch; nur weniger Künstler_innen, die auf das Geld angewiesen sind, wehren sich gegen solche Förderung. Wenn aber Israel das tut, was alle tun, werden ihm besonders hinterlistige Absichten unterstellt. Dabei wurde argumentiert, Israel wolle mit solchen Aktionen von der Besatzungspolitik ablenken – ich weigere mich, ernsthaft dagegen anzuarargumentieren, dass 500 € Kulturförderung mit der Absicht gegeben werden, von Vorgängen abzulenken, die regelmäßig die internationalen Schlagzeilen dominieren. Zudem wurde von BDS-Seite wahrheitswidrig und wiederum absurderweise behauptet, Israel habe versucht, Einfluss auf das Programm des Festivals zu nehmen – auch hier erübrigt sich eine Argumentation gegen die bizarre Idee, 500 € könnten dazu dienen, ernsthaften Einfluss zu erkaufen.

Derartige Deutungen, die auch in Diskussionen um „Pinkwashing“ immer wieder auftauchen, sind aber nicht nur absurd, sie verweisen auch darauf, dass israelisches Handeln mit antisemitischen Stereotypen gedeutet wird: Kulturförderung gilt hier als sinistre Strippenzieherei.

Argumentation 3: BDS als antisemitische Struktur

In der dritten Argumentationsstrategie geht es darum zu zeigen, dass die fragliche „Israelkritik“ an einer Struktur partizipiert, welche die Lebenschancen von Jüd_innen als Jüd_innen verschlechtert.

Bei dieser Argumentation ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die nationale Selbstbestimmung des jüdischen Volkes als Institution zum Schutz von Jüd_innen vor Antisemitismus gegründet wurde. Ein potenzielles Ende dieser Selbstbestimmung kann vor dem Hintergrund des fortbestehenden Antisemitismus als Verschlechterung der Lebenschancen von Jüd_innen gelten. Entsprechend können Aktivitäten, die auf das Ende Israels als Staat hinwirken in diesem Sinne als antisemitisch gelten. Weil diese Argumentation nicht auf die subjektiven Motivationen, sondern auf die objektive gesellschaftliche Struktur zielt, kommt es dabei nicht darauf an, ob die entsprechend Handelnden Jüd_innen wirklich schaden wollen – es reicht, dass sie es tun. Dieser Begründungszusammenhang führt dazu, dass die Delegitimierung der nationalen Selbstbestimmung als antisemitisch gilt.

Dass BDS auf eine Delegitimierung der nationalen Selbstbestimmung des jüdischen Volkes zielt, habe ich

im ersten Teil dieser Serie dargelegt – und viele BDS-Aktivist_innen bekennen sich auch offen dazu, sodass es hier keiner größeren hermeneutischen Anstrengungen bedürfte.

Diese Argumentation ist freilich auf die Annahme angewiesen, dass die Existenz Israels die Lebenschancen von Jüd_innen als Jüd_innen wirklich verbessert und diese vor Antisemitismus schützt. Immer wieder vorgebrachte Gegenargumente lauten, dass Israel genau dies nicht leiste (mithin beansprucht „Israelkritik“ gar, Jüd_innen vor der verfehlten Politik der israelischen Regierung zu schützen, die Antisemitismus erst verursache) oder dass ein solcher Schutz heute gar nicht mehr nötig sei. Beide Argumente scheinen mir aber verfehlt – insbesondere angesichts des gegenwärtigen Antisemitismus in Europa, der sich nicht zuletzt in einer Serie dezidiert antisemitischer Massaker (Toulouse, Burgas, Brüssel, Paris) ausdrückte.

2.6 Noch einmal: Die BDS-Kampagne ist antisemitisch, aber nicht alle BDS-Unterstützer_innen sind Antisemit_innen

Wie ich hier skizziert habe, lassen sich in allen drei Argumentationsstrategien plausible Argumente dafür finden, dass die BDS-Kampagne antisemitisch ist: Sie ist durch eine rational nicht begründbare (negative) Fixierung auf Israel gekennzeichnet, sie ist durch die Reproduktion von Elementen des antisemitischen Weltbildes geprägt und sie verschlechtert durch die Delegitimierung der nationalen Selbstbestimmung des jüdischen Volkes effektiv die Lebenschancen von Jüd_innen als Jüd_innen.

Dass die Kampagne in ihrer Gesamtheit als antisemitisch zu bezeichnen ist, heißt jedoch nicht, dass auch alle Unterstützer_innen individuell antisemitisch motiviert sind oder gar als Antisemit_innen bezeichnet werden sollten. Die Motivationslage der Unterstützer_innen variiert ebenso wie ihre Reflektiertheit stark – einige sind Gesinnungstäter_innen, anderen fehlt vor allem die Reflexion des antisemitischen Kontexts, wieder andere mögen in einem aufrichtigen Engagement für Menschenrechte einfach nur schlecht informiert oder naiv sein.

Aber auch für die Personen, die einzelne antisemitische Denkmuster im Kopf haben und sie äußern, sollte das Wort "Antisemit_in" nicht leichtfertig verwendet werden; vielmehr sollte es für diejenigen reserviert bleiben, bei denen sich Antisemitismus manifest verdichtet – alles andere ist nicht sachlich und trägt nur zur weiteren moralischen Überhitzung der Debatten bei.

3 Mit Boykotteur_innen umgehen.

Ein Leitfaden

Nachdem nun sowohl der israelfeindliche als auch der antisemitische Charakter von BDS herausgearbeitet ist, komme ich nun abschließend zur Frage, wie auf BDS-Aktivismus zu reagieren ist. In insgesamt zehn Punkten plädiere ich für eine klare inhaltliche Positionierung gegen BDS und für eine Unterbindung von BDS-Propaganda, aber gegen die Idee eines umfassenden Gegenboykotts aller BDS-Unterstützer_innen.

3.1 Man muss einen Umgang finden, denn das Thema lässt sich nicht wegnignorieren

Die Vorgänge um die Berliner Pop-Kultur 2017 und 2018, den abgesagten Auftritt von Kate Tempest, die Tour von Roger Waters und die Ruhrtriennale unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht, aber gemeinsam zeigen sie doch eines: Gerade im Kulturbereich kann man BDS aktuell nicht ausweichen, indem man es ignoriert, man muss sich dazu verhalten.

Dies ist einerseits der binären Logik der Boykottstrategie selbst geschuldet: Sie stellt, wie bei der Pop-Kultur 2017 und 2018 gezeigt, letztlich alle vor die Wahl, entweder mitzuboykottieren oder selbst boykottiert zu werden. Andererseits ist die Unvermeidbarkeit eines bewussten Umgangs mit BDS gerade in Deutschland auch auf das Skandalisierungspotenzial von Antisemitismusvorwürfen zurückzuführen: Bei der Ruhrtriennale brach der konkrete Konflikt nicht dadurch aus, dass BDS-Unterstützer_innen Druck aufbauten, sondern dadurch, dass es lautstarke Kritik am Auftritt der Young Fathers gab, die BDS nicht nur formal unterstützen, sondern im Kontext der Pop-Kultur 2017 öffentlich als Boykotteure auftraten.

Dabei ist die Unterstützung für BDS gerade unter britischen Künstler_innen so verbreitet, dass man sich vor dem Hintergrund dieser binären Logik und dieses Skandalisierungspotenzials gar nicht nicht dazu verhalten kann.

3.2 Man muss das Problem verstehen, um damit umgehen zu können

Will man einen halbwegs angemessenen Umgang mit BDS finden, muss man den Problemkomplex einigermaßen verstehen. Dies zeigen die Streitigkeiten um die diesjährige Ruhrtriennale im Negativen:

Es ist kaum zu glauben, dass die Organisator_innen eines Kunstfestivals im Ruhrgebiet 2018 nicht wussten, dass eine von ihnen eingeladene Band 2017 bei einem

Festival in Berlin einen Skandal verursachte, der quer durch die Feuilletons ging. Ebenso wenig ist zu glauben, dass man sich in den Konflikt um diese Einladung begibt, ohne sich damit auseinandergesetzt zu haben, was die BDS-Kampagne ist und warum ihr Antisemitismus vorgeworfen wird. Auf genau solches Unwissen in beiden Punkten weist das hektische und inkohärente Handeln der Organisator_innen aber hin.

Man hätte die Band ja trotz des ihres BDS-Engagements einladen können – wie im [zweiten Teil dieser Serie](#) geschrieben, sind nicht alle BDS-Unterstützer_innen Antisemit_innen, und wie ich unten darlege, ist ein Boykott des Boykotts auch kein Ausweg. Wenn man sich für eine solche Einladung entscheidet, sollte man es aber bewusst tun, diese Entscheidung begründen können und wenigstens ein paar Momente zu ihr stehen – und nicht nach den ersten absolut erwartbaren Antisemitismusvorwürfen öffentlich eine Ausladung verkünden.

Und man kann nach begründeten Antisemitismusvorwürfen eine Ausladung aussprechen. Aber wenn man sich für eine Ausladung entscheidet, dann sollte man diese doch nicht zurückziehen, nur weil diejenigen, denen die Vorwürfe gemacht wurden, sagen, dass sie gegen Antisemitismus sind – ohne dabei die Positionen zurückzunehmen, aufgrund derer ihnen die Vorwürfe gemacht wurden. Tut man es doch, macht man klar, dass man weder verstanden hat, warum BDS Antisemitismus vorgeworfen wird, noch, wie Antisemitismus nach 1945 funktioniert: Ein Bekenntnis gegen Antisemitismus beweist nicht die Abwesenheit von Antisemitismus.

Und schließlich könnte man all diese Wirrungen im Rahmen einer Podiumsdiskussion aufarbeiten und diskutieren. Aber wenn man eine Podiumsdiskussion plant, sollte man doch auf eine halbwegs ausgewogene Besetzung des Podiums achten und sich nicht vom Thema abbringen lassen, indem man ein überwiegend BDS-freundliches Podium über Kunstfreiheit diskutieren lässt.

Bottom Line: Wenn man den Organisator_innen der Ruhrtriennale nicht unterstellen möchte, dass sie sich all diese Fettnäpfchen absichtlich selbst in den Weg gestellt haben, um dann vom einen in den nächsten zu springen, ist ihr Beispiel eine Mahnung: Wer heute im Kulturbetrieb aktiv ist, sollte sowohl BDS selbst als auch die Debatten rund um BDS kennen – wer dies nicht tut, wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit blamieren.

3.3 Auch wenn man das Problem verstanden hat, muss damit leben, dass es kein Patentrezept gibt

Es wäre für Organisator_innen von Kulturveranstaltungen sicherlich angenehm, wenn es ein Patentrezept gäbe, mit der sich das Problem lösen oder vermeiden ließe. Aber die oben erwähnten Faktoren – die binäre Logik von BDS, das Skandalisierungspotenzial von Antisemitismusvorwürfen und die Verbreitung von BDS-Unterstützung insbesondere in Großbritannien – machen dies unmöglich. Es wird keinen Umgang mit BDS geben, der nicht zu Konflikt, Streit, Unzufriedenheit, Beschimpfungen und Rücktrittsforderungen von der einen oder anderen Seite führt. Damit muss man bis auf weiteres leben.

3.4 Man darf sich von BDS nicht erpressen lassen

Weil BDS die Organisator_innen von Kulturveranstaltungen zugespitzt formuliert vor die Wahl stellt, entweder britische oder israelische Künstler_innen außen vor zu lassen – die ersteren unterstützen zu großen Teilen BDS, die letzteren sind zumindest potenziell ein Ziel von Boykottaktionen –, dürfte die Verlockung beträchtlich sein, sich diesem Druck einfach stillschweigend zu beugen. Es gibt im Verhältnis so viele britische und so wenige israelische Künstler_innen von Rang und Namen, dass es rein instrumentell-kuratorisch wohl bequemer wäre, das Problem zu vermeiden, indem man unausgesprochenen mitboykottiert. Nach allem in den ersten beiden Teilen Geschriebenen sollte jedoch klar sein, dass eine solche Entscheidung bequem sein mag, aber moralisch und politisch nicht zu rechtfertigen ist. So ist es erfreulich, dass sich die Kuratorin der Berliner Pop-Kultur Katja Lucker dieses Jahr erneut in den Konflikt begab, indem sie eine Reisekostenförderung von der israelischen Botschaft an- und die entsprechenden Boykottaufrufe in Kauf nahm. Ebenso erfreulich ist, dass sie dabei kulturpolitische Rückendeckung erhält.

Entsprechend ist es wichtig, dass Hinweise auf solches stillschweigendes Sich-Einfügen antisemitismuskritisch skandalisiert werden.

3.5 Man sollte der BDS-Propaganda keine Plattform bieten

Die BDS-Kampagne ist [israelfeindlich](#) und [antisemitisch](#), daher sollte man keine Plattform für ihre Propaganda bieten. Es ist zu begrüßen, dass mehrere deutsche Städte beschlossen haben, keine Räume für BDS-Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Auch bei Künstler_innen, die immer wieder als BDS-Leitfiguren auftreten und die sich selbst als das Gesicht dieser Kampagne präsentieren, ist damit zu rechnen, dass ihre

Auftritte zu Propagandaveranstaltungen werden – daher ist es ebenfalls zu begrüßen, dass die öffentlich-rechtlichen Medien ihre Unterstützung für die Tour von Roger Waters zurückgezogen haben.

Dies gilt im Kunst- und Kulturbereich in besonderer Weise. Man sollte die progressiven politischen Potenziale dieser Sphäre nicht naiv überschätzen und überlasten, aber sie kann doch einen Raum bieten, in dem soziale und politische Konflikte be- und verarbeitet werden. Boykottpolitiken wie die von BDS tragen aktiv zur Schließung dieses Raumes bei. Dabei sollte man sie nicht unterstützen.

Derartige „no platforming“-Politiken sind immer heikel und müssen gut begründet sein. Im Falle von BDS ist das leicht zu argumentieren, solange in den entsprechenden Institutionen Regeln gegen Inhalte gelten, die diskriminierend sind oder sich „gegen Völkerverständigung“ richten. In Frankreich konnte BDS bislang kaum Fuß fassen, weil es schon früh juristisch als rechtswidrige Diskriminierung aufgrund von Staatsangehörigkeit beurteilt wurde. Besser als ein solches staatliches Verbot ist aber die bewusste und öffentlich begründete Entscheidung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen, diesen Inhalten keinen Raum zu bieten.

3.6 Man muss einsehen, dass Politik Konflikt bedeutet – und nicht moralische Selbstvergewissung

Kunst will oft politisch engagiert sein – und das ist gut so. Weniger gut ist, wenn sich dieses politische Engagement als moralisches Engagement missversteht.

Oft basiert politisch engagierte Kunst auf einem moralisch stark aufgeladenem Verständnis von Politik: Sie will öffentlich für das Gute, für Menschenrechte, Gleichheit, Frieden und Toleranz, aber gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Herrschaft, Krieg und Engstirnigkeit Stellung beziehen, indem sie der Macht mit aller Konsequenz die Wahrheit ins Gesicht sagt.

Auch das ist abstrakt gesprochen zu begrüßen. Jedoch muss dabei auch klar sein, dass Politik immer konflikthaft bleibt und sich in diesen Konflikten in der Regel keine klaren moralischen Gegensätze von Gut und Böse gegenüberstehen. Die meisten politischen Konflikte bestehen nicht zwischen Akteur_innen, die Gutes wollen, auf der einen, und Akteur_innen, die Böses wollen, auf der anderen Seite. Sie bestehen zwischen Akteur_innen, die allesamt das wollen, was sie für das Gute und Gerechte halten, die aber aufgrund von materiellen Interessendifferenzen und unterschiedlichen Verständnissen vom Guten in Konflikt geraten: Dann schließt sich das, was die einen für gut und gerecht halten, mit dem, was

die anderen für gut und gerecht halten, wechselseitig aus, lässt sich nicht zugleich realisieren.

Wer diesen grundsätzlich konflikthafter Charakter von Politik nicht sieht und das eigene politische Engagement mit einem moralischen Engagement für das schlechthin Gute gegen das schlechthin Böse verwechselt, wird von den in politischen Kontexten unvermeidbar auftretenden Konflikten immer überrascht und überfordert sein. Mehr noch: Wer die eigene Politik als Moral betreibt, wird immer empört reagieren, wenn das eigene Engagement auf Kritik und Gegenwehr stößt, und darüber hinaus dazu neigen, auf der Gegenseite böse Absicht zu vermuten.

So kann man getrost davon ausgehen, dass die meisten BDS-Aktivist_innen ihr eigenes Engagement in erster Linie als eines für das durch und durch hehre Ziel von uneingeschränkten Menschenrechten für die palästinensische Bevölkerung in West Bank, Gaza und anderswo verstehen, die durch Israel systematisch verletzt würden. Wenn dieses Engagement dann auf scharfe Kritik stößt, bleiben dem selbstsicher-moralistischen Politikverständnis nur zwei Interpretationen: Entweder liegt bei der Gegenseite ein ignorant Missverständnis vor oder aber Böswilligkeit; im Zweifel muss die Gegenseite wohl gegen Menschenrechte für Palästinenser_innen sein.

Jedoch sind die BDS-Unterstützer_innen mit dieser Ineinssetzung von Politik und Moral keinesfalls alleine. Auch einige BDS-Gegner_innen gehen allzu schnell und bequem davon aus, dass BDS-Unterstützer_innen insgesamt von Antisemitismus getrieben sind – bis hin zur der maximal-moralistischen Zuschreibung, sie setzten die Politik des Nationalsozialismus fort.

Schließlich wirken auch einige der Akteur_innen, die als Organisator_innen Raum für politische Kunst bieten wollen, allzu überrascht und empört, wenn diese Politik auf einmal in Konflikt und Streit mündet – anstatt in eifrigem wechselseitigen Schulterklopfen dafür, wie kritisch und politisch engagiert man doch ist.

Real ist in politischen Konflikten meist davon auszugehen, dass auf beiden Seiten legitime Anliegen bestehen. Es geht mir hier nicht darum, in diesen Begriffen den Nahostkonflikt zu erklären (über den es ohnehin schon zu viele Erklärungen gibt), aber so viel sei doch gesagt: Ein sicheres Leben der israelischen Bevölkerung ist ein erstrebenswertes Ziel; der volle Schutz der Menschenrechte von Palästinenser_innen in West Bank und Gaza ist dies ebenfalls. Doch stehen beide Ziele in deutlicher Spannung, lassen sich aktuell nicht gleichzeitig in Gänze realisieren: Es ist beileibe nicht so, dass die israelische Sicherheitspolitik die einzige oder hauptsächliche Ursache von Menschenrechtsverletzungen in West

Bank und Gaza wäre – palästinensischer Akteur_innen und ihre internationalen Unterstützer_innen sind hierfür zentral verantwortlich; jedoch leistet sowohl die Blockadepolitik gegenüber Gaza als auch die Sicherheitspolitik in der West Bank einen Beitrag zu den realen Einschränkungen, denen die palästinensische Bevölkerung ausgesetzt ist. Andersherum ist es beileibe nicht so, dass diese politischen Maßnahmen *allein* der Sicherheit der israelischen Bevölkerung dienen – gerade in der West Bank spielen auch andere, nationalistische Motive eine Rolle. Jedoch wäre ein Mindestmaß an Sicherheit für die israelische Bevölkerung ohne militärische Maßnahmen, die auf Kosten der palästinensischen Bevölkerung gehen, in den letzten Jahren nicht zu erreichen gewesen; zudem hätte sich die politische Landschaft Israels ohne den Terror kaum in die aktuelle Richtung entwickelt.

Es geht hier nicht darum den Nahostkonflikt klären, sondern lediglich darum, einen Schritt zurücktreten und eine andere Perspektive auf den Konflikt zwischen BDS-Unterstützer_innen und Gegner_innen einnehmen (einen Konflikt dessen Teil ich selbst bin): Man kann davon ausgehen, dass viele auf beiden Seiten ernsthaft hehre Motive haben. Man kann den meisten BDS-Unterstützer_innen glauben, dass es ihnen wirklich um die Menschenrechte von Palästinenser_innen insbesondere in West Bank und Gaza geht (und nicht um die Auslöschung Israels aus uneingestandener antisemitischer Missgunst gegenüber Jüd_innen). Man kann den meisten BDS-Gegner_innen glauben, dass es ihnen wirklich um ein sicheres Leben der israelischen Bevölkerung geht (und nicht um einen Kampf gegen die Menschenrechte von Palästinenser_innen aus uneingestandener rassistischer Missgunst gegenüber People of Colour).

Nimmt man eine solche Perspektive ein, ist politisch engagierte Kunst nicht einfach ein Engagement für Gerechtigkeit gegen Ungerechtigkeit, das der Macht die Wahrheit ins Gesicht spricht, sondern immer auch ein Kampf für ein konkretes Gutes und Gerechtes, das mit anderem Guten und Gerechten in Konflikt steht. Folgt man einem solchen konfliktualen Politikverständnis, muss man damit rechnen, dass man bei einer gut gemeinten politischen Stellungnahme harten Gegenwind erfährt; und man muss damit rechnen, dass die Gegner_innen gute moralische Gründe geltend machen können und nicht einfach als moralisch böse gelten dürfen.

Diese Perspektive läuft nicht auf Relativismus oder eine Politik ohne Moral hinaus. Politik im progressiven Sinne sollte nicht einfach nur das partikulare Eintreten für die eigenen Interessen auf Kosten anderer sein,

sondern auf die Freiheit in Gleichheit aller zielen (die auch im wohlverstandenen Eigeninteresse liegen). Der Weg zu Freiheit und Gleichheit bleibt jedoch notwendig umstritten.

Ebenso wenig läuft diese Perspektive auf die naive Vorstellung hinaus, dass es irgendwie alle gut meinten und alle Katzen grau seien. Im Gegenteil steht außer Frage, dass es zynische Machtpolitik ebenso gibt wie Politik, die von Ressentiment und Macht getrieben ist. Derartige Politiken sind – auch moralisch – zu verurteilen. Aber nicht alle politischen Gegner_innen sind so zu erfassen.

Stattdessen läuft ein solches Politikverständnis vor allem darauf hinaus, dass das Auftreten von Streit und Konflikt nicht skandalöse, sondern begrüßenswert ist.

Exkurs: Warum ist BDS in Britannien so stark und in Deutschland so schwach?

Schon auf den ersten Blick fällt auf, dass BDS in einigen Ländern besonders stark, in anderen besonders schwach ist, in einigen recht heftigen, in anderen fast keinen Gegenwind erfährt. Am deutlichsten ist der Kontrast wohl zwischen Großbritannien und Deutschland: In Großbritannien unterstützen große Teile der Linken in einem ganz weiten Sinne des Wortes BDS – sowohl solche, die in der Labour Party organisiert sind, als auch parteipolitisch nicht positionierte Künstler_innen, sowohl ganze Studierendenschaften und Belegenschaften an Universitäten als auch Gewerkschaften und mithin gar ganze Kommunen.

In Deutschland dagegen ist BDS bislang eher ein Randphänomen geblieben, das auf einige traditionslinke oder friedensbewegte Gruppen aus der traditionellen Palästinasolidarität, auf palästinensische Organisationen sowie insbesondere in Berlin auf politische Milieus mit internationaler Anbindung (z.B. einige linke israelische Ex-pats oder POC-Gruppen) begrenzt bleibt. Für größeres Aufsehen außerhalb linker Zusammenhänge sorgen in Deutschland insbesondere britische Künstler_innen.

Wollte man die Ursachen für diese ungleiche und kombinierte Entwicklung gründlich herausarbeiten, müsste man für beide Länder detailliert die linken Diskurse der letzten Jahrzehnt nachzeichnen.⁶ Die groben Linien sind jedoch schnell skizziert: Die große Negativfolie, vor der politische Prozesse gedeutet werden, ist in der deutschen Linken der Nationalsozialismus, in der britischen Linken der Kolonialismus, insbesondere der des British Empire. Deutet man den Nahostkonflikt allein

⁶ Alexei Monroe hat [in der taz einen guten Überblick](#) über die Situation im Vereinigten Königreich gegeben. Seine Darstellung der Lage in Deutschland fällt dabei aber allzu grob aus –

die angeblich bedingungslose Israel-Solidarität in Deutschland existiert in dieser Allgemeinheit sicher nicht.

vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus, sieht man den Staat der Holocaustüberlebenden, der gegen immer neue antisemitische Feinde um seine Existenz kämpft. Nimmt man dagegen eine rein antikoloniale Perspektive ein, sieht man in Israel einen unter imperialen Bedingungen von Europäer_innen gegründeten Staat, der auf Kosten der indigenen Bevölkerung existiert. Aus der einen Sicht will man vieles sein, aber bloß nicht antisemitisch; aus der anderen Sicht will man vieles sein, aber bloß nicht kolonialrassistisch.

Wieder geht es nicht darum, beide Perspektiven relativistisch nebeneinanderzustellen. Auch ohne Relativismus kann man aber festhalten, dass es allzu bequem wäre, BDS-Unterstützung einfach als Gradmesser für Antisemitismus zu nehmen und dann aus deutscher Perspektive zu dem Schluss zu kommen, dass die britische Kulturszene viel antisemitischer sei als die deutsche.

Es ist weder davon auszugehen, dass Antisemitismus die einzige Ursache für die starke Unterstützung für BDS in Britannien ist, noch kann man die Schwäche von BDS in Deutschland auf die Abwesenheit von Antisemitismus oder gar auf ein weit verbreitetes anti-antisemitisches Problembewusstsein zurückführen. Viel wichtiger dürfte die deutsche Angst sein, *als antisemitisch zu gelten*.

3.7 Etwas moralische Abrüstung täte gut

Es ist durchaus verständlich, dass manche sich von BDS an die nationalsozialistische „Kauft nicht beim Juden!“-Kampagne erinnern fühlen – insbesondere dann, wenn deutsche BDS-Gruppen durch Supermärkten und Drogerien ziehen, in den Regalen nach israelischen Produkten suchen und diese markieren, um sie letztlich aus dem Handel nehmen zu lassen. Jedoch ist ein nachvollziehbares Sich-erinnert-Fühlen noch kein hinreichendes Argument dafür, diese maximal moralisch aufgeladene Analogie immer wieder herbeizuzitieren.

Besonders fragwürdig wird es, wenn damit die Nachkommen deutscher Täter_innen kurzerhand die halbe Britische Linke, diverse jüdische Intellektuelle sowie zahlreiche israelische Aktivist_innen en passant zu Wiedergängern der Nazis erklären. Ein solcher Maximalismus ist nicht nur eine bequeme Entsorgung der deutschen Schuld, er ist auch in der Sache nicht gerechtfertigt, er ist abgeschmackt und er ist nicht hilfreich.

Ein weiterer Grund gegen diese Zuspitzung besteht darin, dass BDS zwar de facto auf eine Ende Israels zielt, die reale von dieser Kampagne ausgehende Gefahr für den israelischen Staat aber doch sehr überschaubar ist. So ziemlich alles an BDS ist falsch, aber Israels Existenz hängt zum Glück nicht von den Young Fathers

oder Kate Tempest oder Judith Butler oder Omar Barghouti ab.

Man wird den Kampf gegen BDS nicht gewinnen, indem man die BDS-Unterstützer_innen assoziativ mit Nazis auf eine Stufe stellt. Im Gegenteil macht man es ihnen damit viel zu einfach, sich als Opfer zu inszenieren.

Auch die Heftigkeit und Dringlichkeit, mit der ein Rücktritt oder gar eine Kündigung der Ruhrtriennale-Intendantin Carp gefordert wird, scheinen eher hilflos-hektisch als überlegt. Der Skandal an der Ruhr ist hausgemacht, er ist unnötig und schlecht gehandhabt. Dass man aber die Intendantin eines Festivals in dieser Größenordnung über ein einziges Konzert stürzen sehen will, wirkt mehr als überzogen – und es drängt sich der Verdacht auf, es könnte etwas damit zu tun haben, dass Carp die erste Frau in dieser Position ist.

3.8 Man sollte sich nicht ablenken lassen: Die Kunst- und Redefreiheit der BDS-Unterstützer_innen steht nicht auf dem Spiel

Werden in Deutschland Antisemitismusvorwürfe erhoben, entfaltet sich immer die gleiche Dynamik: Diejenigen, denen Antisemitismus vorgeworfen wird, fühlen sich als Opfer, die mit bössartigen Unterstellungen mundtot gemacht werden sollen. Diese Karte spielen auch BDS-Unterstützer_innen

Aber es ist ganz leicht: Wenn Politik Kontroverse bedeutet, muss man damit leben, dass zugespitzte politische Positionierungen auf zugespitzte Zurückweisung stoßen. Man kann Pluralismus einfordern, aber jeder Pluralismus wird am Ende seine Grenzen haben. Wer so offen politische Feinderklärungen ausspricht wie BDS, darf sich nicht darüber wundern, wenn andere keinen Raum für diese Feinderklärungen bereitstellen wollen. Das ist keine Einschränkung der Rede- oder Kunstfreiheit, sondern Politik.

Dies gilt umso mehr, weil es bei BDS ja nicht nur um politische Meinungsäußerung geht, sondern um eine groß angelegte politische Kampagne, die einem Land Schaden zufügen will.

Tatsächlich weist die Empörung der BDS-Unterstützer_innen über Ausladungen darauf hin, dass einige sehr gerne von oben nach unten treten: Man hat kein Problem damit, einen in letzter Konsequenz auf die

Nationalität bezogenen⁷ Ausschluss anderer zu fordern, wenn man in der entsprechenden Machtposition ist. Sind die Kräfteverhältnisse dagegen umgekehrt und man wird selbst aufgrund dieser Ausschlussforderungen selbst irgendwo ausgeschlossen, soll das auf einmal ein Skandal und eine Einschränkung der Kunstfreiheit sein.

Die Rede von der Kunstfreiheit ist ein klassisches Ablenkungsmanöver – und genau an diesem Ablenkungsmanöver beteiligt sich die Ruhrtriennale, wenn sie anstelle des Young-Fathers-Konzerts eine Podiumsdiskussion ansetzt, in der Diskutant_innen, die BDS in ihrer Mehrheit freundlich gesonnen sind, über Kunstfreiheit diskutieren.

3.9 Ein Totalboykott des Boykotts ist moralisch rechtfertigbar, aber nicht sinnvoll

Daraus folgt, dass ein Gegenboykott gegen BDS-Unterstützer_innen moralisch durchaus rechtfertigbar ist: Wenn Künstler_innen ihre Unterstützung für eine so scharfe Kampagne wie BDS aussprechen, sind entsprechend scharfe Reaktionen gerechtfertigt. Wer andere aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit boykottiert, darf sich nicht darüber beschweren, für diese politische Positionierung boykottiert zu werden.

Einen allgemeinen Boykott aller BDS-Unterstützer_innen halte ich aber weder für praktikabel noch für klug.

Dies ist erstens der Fall, weil das fast ein Ende des kulturellen Austauschs zwischen Großbritannien und Deutschland bedeuten würde. Soll Laurie Penny in Deutschland nicht mehr über Geschlechterverhältnisse sprechen können? Sollten deutsche Radiosender keine Songs der entsprechenden Alben von Talking Heads und Roxy Music, gar keine von Sonic Youth mehr spielen, weil Brian Eno und Thurston Moore BDS unterstützen? Sollen Kinos und Fernsehsender keine Ken-Loach-Filme mehr zeigen? Sollten vielleicht auch Lionel Messi und die argentinische Fußballnationalmannschaft nicht mehr öffentlich-rechtlich übertragen werden? Soll Judith Butler nicht mehr unterrichtet werden? Sollen Buchhandlungen und Bibliotheken Henning Mankell aus dem Programm nehmen (okay, vielleicht keine schlechte Idee). Wäre damit ein Sieg gegen Antisemitismus errungen?

Somit würde ein Gegenboykott genau die Boykott-Logik von BDS reproduzieren, die Gift für öffentliche Diskussionen ist. Wer mit einem Gegenboykott reagiert, vermindert den dabei angerichteten Schaden

⁷ Zwar wird von BDS-Seite immer wieder betont, dass sich der Boykott nicht gegen Israelis als Individuen richtet. Jedoch werden an Israelis Forderungen erhoben, die sonst

nicht, sondern sorgt bestenfalls dafür, dass er größer, aber gleichmäßiger verteilt wird.

Weiterhin liefe eine solche Gegenboykottpolitik Gefahr, ein weiteres Kernproblem von BDS zu reproduzieren, nämlich die völlige Überschätzung der Bedeutung, die der Nahostkonflikt für die Weltlage hat. Wohl und Wehe der Menschheit entscheiden sich nicht in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten und es wäre gut, wenn die Debatten sich nicht immer nur um dieses Thema drehten. Wenn man nun alle Künstler_innen und Akademiker_innen, die irgendwann mal ihre Unterschrift unter eine BDS-Erklärung gesetzt haben, auslädt und das entsprechend kommuniziert, reproduziert man auch diese Logik und verschafft der Kampagne gratis Aufmerksamkeit.

Sinnvoller scheint es, die Entscheidung über eine Einladung von der Einschätzung abhängig zu machen, ob die entsprechende Veranstaltung eine BDS-Propagandaveranstaltung zu werden droht oder nicht – und nur weil eine Band eine BDS-Erklärung unterschrieben hat, heißt das nicht, dass sie bei ihren Konzerten ständig darüber redet.

Wer jedoch BDS-Künstler_innen einlädt muss immer auch damit rechnen, dass es aus wichtigen Gründen zu Boykottstreitereien kommt.

3.10 Wenn man Diskussionen führt, sollten es die richtigen sein

Organisator_innen von Kulturveranstaltungen, die israelische Künstler_innen einladen und dafür Reisekostenzuschüsse israelischer Institutionen in Anspruch nehmen, sollten sich keinem besonderen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt fühlen. Wenn BDS-Unterstützer_innen diese Veranstaltungen boykottieren, kann man sie kaum aufhalten und *schuldet* ihnen keinerlei Rechtfertigung – auch nicht in Form einer Podiumsdiskussion. Im Gegenteil käme man der Logik von BDS viel zu sehr entgegen, wenn man nun jedes Kunstfestival durch eine Podiumsdiskussion mit „israelkritischem“ Anteil ergänzen müsste.

Dennoch können solche Diskussionen, wenn sie gut geplant, organisiert und moderiert sind, einen positiven Effekt haben.

Diejenigen, die diesen Text lesen, werden weder den Nahostkonflikt lösen noch den linken Antisemitismus überwinden noch die diesbezügliche Kluft zwischen der deutschen und britischen Linken zuschütten. Aber im

niemand erfüllen muss (ein Verzicht auf staatliche Kulturförderung, ein Bekenntnis gegen den eigenen Staat usw.), so dass unterm Strich eine Diskriminierung bleibt.

besten Falle, kann man diese Konflikte doch so austragen, dass vermehrtes Bewusstsein für Antisemitismus geschaffen und die Diskussion am Leben gehalten wird – dies ist angesichts des Rigorismus von BDS kein geringes Ziel.

Dazu kann man beitragen, indem man Diskussionen über die Sache führt. Zu dieser Sache kann neben Antisemitismus auch die israelische Politik in West Bank und Gaza sowie ihre Kritik zählen – damit kann man zeigen, dass man sich anders als von BDS behauptet tatsächlich für Menschenrechte interessiert und wie wenig die BDS-Propaganda dem Gegenstand gerecht wird. Nicht sinnvoll dagegen sind Diskussionen über Ablenkungsthemen wie die angeblich bedrohte Kunstfreiheit von BDS-Unterstützer_innen.